Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich R.-M. Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesestr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22589

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 161 — Dienstag, den 12. Juli 1932 — 114. Jahrgang

Nachklänge zu Lausanne

Der Reichskanzler und der Reichswirtschaftsminister über Einzelheiten der Konferenz und ihrer Ergebnisse

Ein Presseempfang

Bei einem Empfang der deutschen Presse in Berlin verbreitete sich

Reichskanzler von Papen

noch einmal ausführlich über Einzelheiten der Lausanner Konferenz. Er erklärte einleitend, daß es ihm ein Bedürfnis sei, der deutschen Presse in der ersten möglichen Minute nach seiner Rückkehr die noch notwendigen Aufklärungen über die Bedeutung und die Notwendigkeit des in Lausanne erreichten Akkords zu geben.

Mit allem Nachdruck unterstrich der Kanzler seinen grundsätzlichen Standpunkt, daß die Entscheidung über eine endgültige Regelung der Reparationsfrage oder ein Scheiternlassen der Konferenz mit allen seinen Folgen einer weiteren Einengung der Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes niemals von innerpolitischen Erwägungen aus getroffen werden konnte. Dafür konnten vielmehr nur Erwägungen maßgebend sein, die die Gesamtlage des deutschen Volkes betreffen.

„Es ist ja nicht so gewesen," fuhr der Reichskanzler fort, „wie das die deutsche Oeffentlichkeit seit langem angenommen hat, als ob wir etwa 100 Meter vor dem Ziele einer Lösung gestanden hätten, die einen glatten Strich durch unsere noch vor erst zwei Jahren feierlich gegebene Unterschrift zur Leistung von über 35 Milliarden, mit einer jährlichen Zahlung von fast zwei Milliarden bedeuteten. Gewiß haben die Tatsachen ergeben, daß dieser vor erst zwei Jahren von uns unterschriebene Vertrag unerfüllbar ist. Aber ebensowenig, wie wir mit einem einseitigen Akt die von früheren Regierungen seit 1918 abgegebenen Unterschriften auslöschen können, ebensowenig war dies mit den feierlichen Verpflichtungen möglich, die von den damals regierenden Parteien im Namen des deutschen Volkes eingegangen sind.

Die heutige Regierung hatte einfach eine Lage zu liquidieren, die von allen früheren Regierungen seit der Unterschrift unter den Versailler Vertrag geschaffen worden ist. Die Frage, ob diese Lage dadurch liquidiert werden kann, daß Deutschland die Gültigkeit seiner Unterschrift in Abrede stellt und sich damit gleichsam außerhalb der für Kultur- und Rechtsstaaten geltenden Normen stellt, muß ich mit einem glatten Nein beantworten.

Also blieb für ein großes Volk von Selbstachtung nur der Weg von Verhandlungen auf Grund tatsächlich festgestellter Gegebenheiten. Wir glauben, daß wir auf diesem Wege ein Resultat erreicht haben, das allerdings einen sehr großen Fortschritt bedeutet.

„Der Pakt von Lausanne," fuhr der Reichskanzler von Papen fort, „bedeutet

das völlige Ende des Systems der Reparationen,

der einseitigen Zahlungen ohne Gegenwert, die Abschwächung der großen Gefahr des Transfers. Sie bleibt für private Verpflichtungen noch bestehen — sie bedeutet die

Beendigung eines Systems, welches die Weltwirtschaft in ein ungeheures Chaos gestürzt hat."

Der Reichskanzler unterstrich weiter, daß die Durchführung der Lösung von Lausanne eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und der Welt geradezu zur Voraussetzung hat. Nach dem Urteil der Fachleute sei es höchst zweifelhaft, ob es gelingen werde, die Bonds im Betrage von 5 Milliarden zu den vorgeschlagenen Bedingungen in dem vorgesehenen Zeitraum von zwölf Jahren auf dem Weltmarkt unterzubringen. Wenn das aber doch gelingen sollte, so bedeutet das, daß Deutschland sein finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht in jeder Beziehung völlig wiedergewonnen hat.

Weiter wies der Reichskanzler darauf hin, daß mit dem Youngplan auch das viel erörterte Kapitel gefallen ist, das sich mit der Sanktionsfrage beschäftigt.

Wäre es in Lausanne zu einem Mißerfolg gekommen, so hätten wir doch die Verpflichtungen aus dem Hoover-Jahr abzuzahlen gehabt, und zwar zehn Jahre lang 190 Millionen.

Diese gesetzliche Verpflichtung wäre bei einem Scheitern der Konferenz ohne weiteres in Kraft getreten. Weiter sei nicht zu übersehen, daß dem Reiche mit der Beendigung des Reparationssystems die volle

Souveränität über die Reichsbahn und die Reichsbank

wiedergegeben wird. Hinsichtlich der noch zu treffenden Bestimmungen über die den Besitzern der Younganleihe vertraglich bereitgestellten Sicherungen werden sich die Treuhänder dieser Anleihe und die deutsche Regierung bezüglich der notwendigen Vereinbarungen noch auseinandersetzen.

Von den finanziellen Fragen kam der Reichskanzler auch auf die politischen Forderungen zu sprechen, deren Verquickung mit dem Reparationsproblem man der deutschen Delegation vorgeworfen habe.

Hierzu stellte Reichskanzler v. Papen fest: „Wäre es möglich gewesen, bei der letzten internationalen Konferenz, die sich mit der endgültigen Beseitigung des Systems der Reparationen befaßte, nicht auch zugleich die Frage anzuschneiden, die die moralische Voraussetzung unserer jetzigen Tributbelastung und Diskrimination für Deutschland gewesen ist? Es ist doch

selbstverständlich, daß mit den Reparationen auch ihr moralischer Vorwand beseitigt werden muß.

Auch jede anders zusammengesetzte deutsche Delegation hätte einen solchen Versuch machen müssen. Dabei bin ich selbstverständlich mit Ihnen der Ansicht, daß die Kriegsschuldfrage als solche von der historischen Forschung bereits so weit vorangetrieben ist, daß sie für uns in absolut positivem Sinne entschieden ist. An sich wäre eine Beseitigung des Artikels 231 nur mit einem völligen Widerruf der Mächte von Versailles möglich. Aber es wäre doch ein weiterer Schritt in der Fortnahme der Diskriminationen gewesen, wenn

der Artikel 231,

wie uns von einer Reihe von Ländern zugesagt worden war, mit Teil 8 als gestrichen zu betrachten wäre. Man weiß, welche Hindernisse dieser Möglichkeit in letzter Stunde entgegengestellt worden sind. Für uns ist

mit dem Fortfall des Teiles 8 auch dieser Artikel gestrichen.

Aber es ist in Lausanne doch auch erreicht worden, daß

eine der großen Mächte, mit denen wir verhandelt haben, wiederholt und unmißverständlich die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt hat.

Wenn ich auch nicht in der Lage bin, fuhr Herr von Papen wörtlich fort, den Inhalt meiner

Besprechung mit dem englischen Premierminister

der Oeffentlichkeit preiszugeben, so werden Sie doch vielleicht aus seiner Schlußrede und seinem

Appell an die Adresse Frankreichs

ersehen haben, wieweit in der Tat die Erkenntnis und der Wille fortgeschritten sind, die deutsche Diskrimination auszuräumen. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit in dieser Beziehung auf den Satz der Rede Macdonalds, worin er darauf hinweist, daß alle Völker bestrebt sein müssen, zu solchen politischen und moralischen Bedingungen zu kommen, die das politische Kapitel des Krieges für Deutschland und Europa endgültig abschließen.

Der Kanzler gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß auf Grund dieser Annäherung auch auf dem Gebiete der Gleichheit der Rechte in der Wehrfrage in Genf Resultate erzielt werden können, die im Interesse der deutschen Nation unter allen Umständen erzielt werden müssen. Es sei klar, daß das Ergebnis von Lausanne, das in der Presse der Welt als ein Strich unter das Kapitel des Krieges und als Beginn einer neuen Aera anerkannt wird,

in Deutschland durch die politischen Bedürfnisse des Wahlkampfes stark verzerrt wird.

Der Kanzler schloß seine Ausführungen folgendermaßen:

Wir werden warten, welche

Wirkung

die Beseitigung des Reparationssystems auf die Besserung der Weltwirtschaftslage ausüben wird. Wir können heute nur abschätzen, inwieweit dieses Ergebnis der Besserung der deutschen Lage, der

Wiederherstellung unseres Kredites

und, was doch nie zu übersehen ist, der

Aufrechterhaltung der Währung,

die nur im Gesamtrahmen der Weltwirtschaft möglich ist, dienen wird. Darüber hinaus hat dieser Pakt unsere Beziehungen zu den anderen großen Nationen in erheblichem Maße gebessert. Von dem Maße, in dem diese Dinge sich in der allernächsten Zukunft auswirken werden, unterstützt von

Maßnahmen, die die Reichsregierung nun im Innern unverzüglich und von sich aus ergreifen wird, um das moralische Ergebnis des Lausanner Vertrages auf die Elemente der deutschen Wirtschaft zu übertragen,

wird es abhängen, ob unsere Unterschrift im Interesse des deutschen Volkes richtig gewesen ist oder nicht.

Das Reichskabinett ist einstimmig der Ansicht, daß kein anderer Weg von uns hat beschritten werden können.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichskanzlers erläuterte

Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold

die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lausanner Abkommens. Der Minister wies einleitend darauf hin, daß die Reichsregierung der gesetzlich eingegangenen Verpflichtung gegenüberstand, mit 10 Annuitäten von je 190 Millionen Mark ab 1. 7. 1933 das Hoover-Moratorium abzulösen. Diese unbedingte Verpflichtung ist durch das Lausanner Abkommen

in eine bedingte Verpflichtung umgewandelt

worden, die zuvor aber noch eine dreijährige Schonfrist vorsieht, und

die Emission der 5prozentigen Bonds

nur dann zuläßt, wenn der deutsche Kredit eine solche Emission tragen kann. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wird die Emission aufgeschoben werden, aber nicht über 12 Jahre hinaus. Bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgegebene Bonds würden verfallen. Zahlenmäßig würde ein

Vergleich

zwischen den Nachzahlungen aus dem Hooverjahr und den Zahlungen aus dem Lausanner Abkommen etwa folgendermaßen aussehen:

Angenommen, am 1. Juli 1935 ist eine Emission von 400 Millionen möglich, so würden als erste Belastung am 1. Juli 1936 5 Prozent Zinsen plus 1% Amortisation, das sind 24 Millionen fällig sein. Nach den Vereinbarungen bei Abschluß des Hooverjahres würden aber bis zum 1. 7. 1936 bereits 465 Millionen fällig werden.

Reichstagsvizepräsident Esser lehnt Ratifizierung des Lausanner Vertrages ab

In einer Kundgebung der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums sprachen in Kaisers-lautern u. a. Staatssekretär Funke und Reichstagsvizepräsident Esser. Zum ersten Male, so sagte Esser, ständen in diesem Wahlkampfe die Bayerische Volkspartei und das Zentrum in der Opposition. Der Reichstag müsse das Ergebnis, daß von Papen nach Hause gebracht habe, ratifizieren. Es komme zur Entscheidung am 31. Juli. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei könnten der Ratifizierung nicht beitreten und würden das durch die Wahl auch zeigen.

Die Notenbankleiter stimmen zu

Am Sitz der BIZ. traten am Sonntag die Leiter der europäischen Notenbanken zusammen. Hauptgegenstand der angeregten Aussprache bildete das Lausanner Abkommen, das der Bankleitung vom Generalsekretär der Konferenz, Sir Maurice Hankey, mit den übrigen Dokumenten zugestellt worden war. In einem Begleitbrief wird die Leitung der BIZ. gefragt, ob sie bereit sei, die sich ergebenden neuen Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu übernehmen.

Alle Notenbankleiter

äußerten sich zu diesem Punkt

in durchaus zustimmendem Sinne,

und es konnte festgestellt werden, daß sie ausnahmslos in Ausdrücken größter Anerkennung vom Resultat der Lausanner Konferenz sprachen, die als eine erste Etappe auf dem Wege zum allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau betrachtet werde. Am Dienstag werden in Basel die Verhandlungen über die zur Sicherung des Zinsendienstes aus der Dawes- und Younganleihe neu zu schaffenden Garantien aufgenommen werden. Die Verhandlungen sind durch das Verschwinden des Youngplanes notwendig geworden und auch im zweiten Anhang des Lausanner Abkommens vorgesehen.

Der Vertreter der Schweizerischen Depeschen-Agentur hatte vor Beginn der Sitzung Gelegenheit, mit verschiedenen führenden Finanzpersönlichkeiten über ihre Eindrücke über das Lausanner Ergebnis zu sprechen. Uebereinstimmend lautete das Urteil günstig, die meisten erwarten sogar, daß

das Lausanner Abkommen eine entscheidende Wendung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung bringen

werde. Man werde nun darangehen, so wurde erklärt, den äußeren Kredit Deutschlands, Oesterreichs und der osteuropäischen Länder wieder aufzubauen. Die Voraussetzungen dafür seien günstig.

Washington bleibt unnachgiebig

Newyorker Blätter bringen ausführliche Berichte aus Washington über die „feindselige" Haltung des Kongresses gegenüber jeder Nachgiebigkeit der Vereinigten Staaten in der Frage der Kriegsschulden. Diese Stimmung, so melden die Blätter aus Washington, hat sich noch erheblich mit dem Bekanntwerden des Gentleman-Agreements von Lausanne verstärkt. Eine ganze Anzahl von Senatoren soll erneut auf das nachdrücklichste erklärt haben, daß die Vereinigten Staaten schon bei den früheren Schuldenverhandlungen genug Konzessionen gemacht hätten.

Dagegen wenden sich Newyork Times gegen die Absicht, die Kriegsschuldenfrage zu einem Spielball der Wahlpropaganda zu machen.

Kleine Meldungen

Selbstmord eines Wiener Professors wegen unheilbarer Krankheit. Universitätsprofessor Dr. Friedrich Vierhapper in Wien, ein hervorragender Botaniker von internationalem Ruf, ist wegen einer unheilbaren Krankheit freiwillig aus dem Leben geschieden.

Das Urteil gegen Curtis. Das Gericht in Flemington (New Jersey) hat Curtis, der in dem Fall Lindbergh den „Vermittler" spielte, zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Dollar Geldstrafe verurteilt.

Zusammenstöße und ihre Opfer

Schwere Schlägerei in Trier

In den späten Abendstunden des Sonntags kam es in der Nähe bei Trier, in der Ortschaft Pfalzel, zwischen Trierer Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten zu einer blutigen Schlägerei, in deren Verlauf auch Schüsse fielen. Zwei Reichsbannerleute wurden lebensgefährlich, zwei weitere schwer und etwa sechs leichter verletzt. Einer der Reichsbannerleute ist durch drei Schüsse getroffen worden. Auch zwei Nationalsozialisten haben leichtere Verletzungen erlitten. Landjägereibeamte und das Ueberfallkommando trennten die Streitenden. Vier Nationalsozialisten wurden festgenommen

Anläßlich eines SA.- und SS.-Aufmarsches in Neustadt

kam es zu Zwischenfällen. Beim Vorbeimarsch des Zuges an einer Wirtschaft wurden mehrere Schüsse auf die Zugteilnehmer abgegeben, durch die fünf Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die Nationalsozialisten versuchten, in das Lokal einzudringen, wobei ein Angehöriger der Eisernen Front Verletzungen am Kopfe erlitt. Die Polizei stellte rasch die Ordnung wieder her.

Ein Polizeibeamter bei einer Sprengkörperexplosion getötet

Aus Bremen wird über einen Vorfall in dem westlichen Vorort Grambke auf Grund der amtlichen Ermittlungen berichtet: Die Polizei erhielt von privater Seite die Mitteilung, daß an der Unterführung der Hafenbahn in der Grambker Heerstraße sich eine verdächtige Gruppe aufhalte. Eine Polizeistreife, die darauf nach Grambke geschickt wurde, um die Verdächtigen auf Waffen zu durchsuchen, fand mehrere Pistolen, zahlreiche Steine und verschiedene selbst angefertigte Sprengkörper, bei denen es sich um Handbomben mit Auffchlagzündung handelte. Bei der Untersuchung eines der Sprengkörper durch den Polizeiwachtmeister Talle erfolgte eine furchtbare Explosion, wobei der Beamte buchstäblich zerrissen wurde. Ein weiterer Beamter, der in der Nähe stand, wurde durch Sprengstücke schwer verletzt. Die Kommunisten hatten die Absicht gehabt, die Sprengkörper auf Lastkraftwagen, die SA.-Leute aus Bremen in ihre Heimat zurückbeförderten, zu werfen.

Talle war ein bekannter Bremer Sportsmann, der wiederholt die Bremer Meisterschaft errinaen konnte

In Kiel und Umgebung

kam es am Sonntag zu größeren Ruhestörungen. Von außerhalb zurückkehrende Nationalsozialisten gerieten mit Reichsbannerleuten in Streit, worauf auch Schüsse fielen. Drei Personen wurden verletzt. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm zwei Personen fest. Von den Nationalsozialisten wurde eine angeblich von Reichsbannerleuten geworfene scharfe Handgranate den Polizeibeamten übergeben. In Preetz kam es zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern, die ein Eingreifen des Kieler Ueberfallkommandos erforderlich machten.

Blutige Zusammenstöße ereigneten sich auch in Eckernförde, wo sich bei Gelegenheit des Deutschen Tages der Nationalsozialisten Schlägereien vor und im Gewerkschaftshaus entwickelten. Dabei wurde ein Teilnehmer einer Landarbeiter-Verbandstagung getötet und ein zweiter schwer verletzt.

Am Samstag war es schon in Klausdorf bei Holtenau zu Zusammenstößen gekommen, die zur Beschädigung der Einrichtung des Gemeindehauses führten. Die Gauleitung Nordmark der Eisernen Front hat unter Hinweis auf diese Zwischenfälle Telegramme an den Reichsinnenminister und den preußischen Innenminister gerichtet, in denen um Eingreifen der Staatsgewalt ersucht wird

In Hagenow (Mecklenburg,

kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Vier Reichsbannerleute wurden schwer verletzt. Ein Reichsbannermann liegt hoffnungslos danieder. Die SA.-Leute drangen in das Gewerkschaftshaus ein und zertrümmerten den größten Teil des Mobiliars

Zwei Tote, zahlreiche Verletzte in Ohlau

In der Nacht zum Montag wurden in Ohlau in Schlesien Nationalsozialisten, die von einer Veranstaltung in Brieg heimkehrten, wie die Polizei mitteilt, von Reichsbannerleuten angegriffen. Es entwickelte sich eine regelrechte Straßenschlacht, bei der auch Schüsse fielen. Zwei Nationalsozialisten wurden getötet, mehrere Personen schwer verletzt. Die Zahl der leichter Verletzten ist sehr erheblich, hat sich aber noch nicht genau feststellen lassen. Da die Landjägerei nicht ausreichte, wurde das Breslauer Ueberfallkommando alarmiert und schließlich zur Unterstützung der Polizei auch ein halber Zug Reichswehr eingesetzt, der den Ring abriegelte. Dabei wurde auch von der Reichswehr geschossen und ein Mann durch einen Oberschenkelschuß verletzt. Auch einige Unbeteiligte sind bei den Zusammenstößen verletzt worden. U. a. haben zwei Frauen in ihren Wohnungen Schußverletzungen davongetragen, und zwar erhielt eine einen Brustschuß und die andere einen Beinschuß.

Der Einsatz der Reichswehr in Ohlau

Ueber den Einsatz von Reichswehr bei den Unruhen in Ohlau am 10. Juli teilt das Reichswehrministerium mit, daß der Bürgermeister von Ohlau den Standortältesten von Breslau um die Bestellung von Patrouillen zur Sammlung der Verletzten in der Stadt gebeten hat. Diesem Ersuchen wurde entsprochen. Ein bewaffneter Zivilist — wie sich später herausstellte, ein Reichsbannermann — leistete hierbei der Aufforderung, stehen zu bleiben und die Waffe abzugeben, nicht Folge. Da es in der Dunkelheit ungewiß war, ob der Mann nicht seinerseits von der Waffe Gebrauch machen würde, wurde auf ihn geschossen. Er erhielt einen Oberschenkelschuß und wurde von der Polizei sofort festgenommen.

Wie bisher feststeht, ist nur in diesem einen Falle von seiten der Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden. Ferner sind Soldaten nur als Patrouillen zum Sammeln und Fortbringen von Verwundeten verwendet worden. Ein Einsatz gegen eine bestimmte Front oder zu bestimmten Amtsaufträgen ist nicht erfolgt.

Wieder ein Todesopfer in Köln

In Köln kam es in der Nacht zu Montag in der Mauenheimer Straße zu einer Schießerei zwischen zwei Nationalsozialisten und drei Mitgliedern des Antifaschistenbundes, wobei ein Nationalsozialist einen seiner Gegner durch drei Schüsse schwer verletzte. Wie auf Anfrage mitgeteilt wird, ist der Verletzte im Laufe des Tages im Krankenhaus gestorben. Wie die Polizei mitteilt, soll der Nationalsozialist, der geschossen hat, unter der Last des Beweismaterials ein Geständnis abgelegt haben.

Was wird mit dem Ueberwachungsausschuß?

Ueberwachungsausschuß am 22. Juli

Reichstagspräsident Löbe hat am Montag an den Abgeordneten Strasser (Nat.-Soz.), den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, ein Schreiben gerichtet, in dem er davon Mitteilung macht, daß er jetzt das älteste Mitglied des Ausschusses ersucht habe, den Ausschuß einzuberufen. Das älteste Mitglied ist der Abgeordnete Heimann (Soz.), der den Ueberwachungsausschuß für Freitag, 22. Juli, einberufen hat. Auf die Tagesordnung ist auch noch ein Antrag Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) gesetzt worden, den bisherigen Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses abzuberufen und einen neuen Vorsitzenden zu wählen

Briefwechsel Strasser-Löbe

Um die Einberufung des Ueberwachungsausschusses — Strasser droht mit Gegenmaßnahmen

Von zuständiger Stelle des Reichstages wird folgender Auszug eines zwischen dem Präsidenten des Reichstages und dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ausgetauschten Briefwechsels vom Montag bekanntgegeben:

Der Vorsitzende des Ausschusses des Reichstages zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, **Strasser**, hat in einem heute hier eingegangenen Schreiben dem Präsidenten des Reichstages, Löbe, mitgeteilt, daß er es aus verschiedenen Gründen für unnötig halte, den Ausschuß einzuberufen, und zum Schluß wörtlich erklärt:

„Um irgendwelchen Kombinationen vorzubeugen, weise ich darauf hin, daß die Weigerung eines Vorsitzenden, eine Ausschußsitzung einzuberufen, weil der Erfolg dieser Ausschußsitzung von vornherein nach der früher, durch Angehörige jetzt für Einberufung stimmende Parteien getroffenen Regelung gleich Null ist, nicht gleich einer Verhinderung des Ausschußvorsitzenden gedeutet werden kann. Versuche, über den Weg des ältesten Mitgliedes des Ausschusses den Ausschuß einzuberufen, sind verfassungs- und geschäftsordnungswidrig, und würde ich dagegen alle mir möglichen Maßnahmen zu treffen gezwungen sein.

Präsident **Löbe** hat darauf erwidert, daß er dieser Auffassung nicht beipflichten könne, und weiter ausgeführt:

Da es ein völlig unhaltbarer Zustand ist, daß der wichtigste Ausschuß des Reichstages, der die Rechte der Volksvertretung in der parlamentslosen Zeit wahrnehmen soll, einfach außer Kraft gesetzt wird, weil der Vorsitzende ihn nicht einberuft, habe ich, da ein Stellvertreter zurzeit nicht vorhanden ist, das an Jahren älteste Mitglied ersucht, die Einberufung zu veranlassen.

Ich werde den Herrn bitten, auf die Tagesordnung der Sitzung auch den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Pfleger: „Abberufung des Vorsitzenden und Wahl eines neuen Vorsitzenden" zu setzen.

Schließlich bedauere ich, daß Sie durch eine frühere Mitteilung an mich und an die Parteien, nach welcher Sie sich des Einverständnisses der Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses versichern wollten, den Eindruck erweckt haben, als seien Sie zur Einberufung des Ausschusses bereit. Dadurch ist der Zusammentritt des Ausschusses, den Sie nach der ersten Mitteilung selbst ins Auge gefaßt haben, schon um Wochen verzögert worden.

Aus dem Parteileben

Evang. Arbeiter Westdeutschlands für Christlich-sozialen Volksdienst

Am Sonntag fand in Essen eine Konferenz evangelischer Arbeiter aus Westdeutschland statt. Die Veranstaltung leitete der Gewerkschaftssekretär Dudey, Duisburg. Zweck der Kundgebung war die politische Sammlung der evangelischen christlich-sozial gesonnenen Arbeiterschaft auf dem alten Stöcker'schen Programm.

Nach Begrüßungsworten von Dudey sprach der evangelische Arbeiterführer Franz Behrens, Berlin, über das Thema: „Wach auf, evangelisches Arbeitervolk". Nach der begeistert aufgenommenen Rede von Behrens sprach Reichstagsabgeordneter Hartwig, Spandau, über: „Die neue christlich-soziale Kampffront".

In der Aussprache fand die Sammlungsparole lebhaftesten Beifall, Es wurde beschlossen, einen Christlich-sozialen Arbeiterausschuß für Westdeutschland zu bilden, dem Dudey, Duisburg, Krömmelbein, Essen, Melcher und Harff, Düsseldorf, H. Koch, Elberfeld, und Werlich, Hamm, angehören. Dazu wurde je ein Vertreter aus dem Minden-Ravensberger Land und aus dem Siegerland gewählt.

Zur bevorstehenden Reichstagswahl wurde eine Entschließung angenommen, in der das Vorgehen der evangelischen Arbeiterführer Behrens, Baltrusch und Hartwig begrüßt und gefordert wird, mit ihnen die evangelische Arbeitnehmerschaft zur Bildung einer christlich-sozialen Kampffront und zum Anschluß an den Christlich-sozialen Volksdienst aufzufordern.

Eine kommunistische Einheitsaktion

Von kommunistischer Seite war ein Kongreß der antifaschistischen Aktion einberufen worden, der vormittags länger als acht Stunden in der Philharmonie in Berlin tagte. Es waren dazu aus Berlin und Brandenburg, aus dem Ruhrgebiet und Hamburg über 2000 Delegierte erschienen. Die Tendenz der Veranstaltung ging aus der einleitenden Rede des kommunistischen Abg. Thälmann hervor, der u. a. erklärte, wenn die Kommunistische Partei die Sozialdemokraten und das Reichsbanner zur Bildung einer gemeinsamen Einheitsfront gegen den Faschismus einlade, so würden die Kommunisten bei dieser Zusammenarbeit natürlich auch zugleich ihre revolutionären Pflichten als Kommunisten erfüllen. Von kommunistischer Seite werde man sich mit der Parteileitung der SPD. nicht in einen „Kuhhandel" einlassen. Die Zusammenarbeit müsse bedingungslos erfolgen und ohne daß man von kommunistischer Seite auf die Bekämpfung der SPD.-Politik verzichte. Im Anschluß daran entwickelte Thälmann ein Programm mit radikalsten Forderungen. U. a. führte er aus, man werde auch mit den Mitteln des politischen Massenstreiks arbeiten müssen. An die Stelle der Reichswehr und der staatlichen Polizei wolle man eine proletarische Armee und eine Arbeitermiliz setzen und schließlich durch eine Arbeiter- und Bauernregierung ein freies sozialistisches Deutschland schaffen. Von den ca. 35 Wortmeldungen lehnte die Versammlungsleitung zunächst alle Redner ab, die als Vertreter oppositioneller kommunistischer Gruppen bekannt waren. Von den schließlich zu Wort gekommenen 26 Rednern stellten sich einige als zur Sozialdemokratie, zum Reichsbanner oder zu den freien Gewerkschaften gehörig vor, erklärten aber gleichzeitig, daß sie mit der Führung der Partei, des Reichsbanners oder der Gewerkschaften unzufrieden seien. Bezeichnend ist, daß diese Delegierten sich veranlaßt sahen, dagegen zu protestieren, daß in der Versammlung Wahlpropaganda für die Kommunistische Partei betrieben worden sei. Trotzdem wurde eine Entschließung angenommen, die für den 31. Juli eine Wahl der kommunistischen Liste empfiehlt.

Deutschfeindliche Kundgebung in Posen

Am Sonntag war vom Regierungsblock in Posen eine große antideutsche Kundgebung der Schützenlegionen zusammengerufen worden. Etwa 6000 Mann, mit Gewehren bewaffnet, waren aus der Provinz nach Posen gekommen. In den Ansprachen wurde erklärt, daß das polnische Volk geschlossen zum Schutze der Westgrenzen bereit stehe. Nachmittags kam es in der Stadt zu verschiedenen antideutschen Kundgebungen, die sich auch gegen die Regierungspartei richteten, da angeblich die polnische Regierung den deutschen Forderungen gegenüber zu nachgiebig sei. Die Polizei mußte mehrfach einschreiten.

Der Memelstreit vor dem Haager Gerichtshof

Aus Haag, 11. Juli, wird gemeldet: Bei den heute vormittag vom Ständigen Internationale Gerichtshof fortgesetzten öffentlichen Verhandlungen im Memel-Streit erklärte der französische Vertreter Charguerand, der Gouverneur dürfe kein Direktorium einsetzen, von dem er schon im voraus wisse, daß es nicht das Vertrauen des Landtages habe. Er dürfe auch nicht ein dem Landtag nicht genehmes Direktorium in der Absicht einsetzen, um Anlaß zur Auflösung des Landtages zu erhalten.

Der englische Vertreter, Sir William Malkin wies namentlich darauf hin, daß der Ausfall der im Mai im Memelgebiet abgehaltenen Landtagswahlen den deutlichsten und unmißverständlichsten Beweis dafür geliefert habe, daß die seinerzeit vom Landtag gegenüber dem Direktorium Simaitis eingenommene Haltung durchaus dem Willen der Bevölkerung entsprochen habe. Es sei daher nicht nur überflüssig, sondern auch unzulässig, wenn der Gouverneur den alten Landtag habe ausschalten wollen.

Die Vertreter der beiden übrigen klägerischen Mächte, Pilotti-Italien und Baron Matsumara-Japan, schlossen sich beiden vorstehenden Darlegungen an.

„Glückwünsche" eines Mißgünstigen

Churchill greift im Unterhaus die Lausanner Regelung an — „Deutschland muß vor allem beglückwünscht werden"

Die Rede, die Churchill vor einiger Zeit im Unterhause hielt, in der er für die Beibehaltung des augenblicklichen ungerechten Rüstungsverhältnisses zwischen den europäischen Nationen eintrat, ist noch zu gut in Erinnerung, um darüber zu erstaunen, daß Churchill auch mit Bezug auf das Lausanner Ergebnis einen Sonderstandpunkt einnehmen und da durch einen Mißton hineintragen mußte in die allgemeine Zustimmung, mit der die Arbeit der britischen Unterhändler in Lausanne von links und rechts begrüßt wurde.

Churchill verwies darauf, daß am Dienstag eine Debatte über Lausanne stattfinden wird, und bemerkte, er würde die Frage heute nicht aufgeworfen haben, wenn nicht gewisse Seiten des Vertrages sofortige Klärung erforderten. Die Oeffentlichkeit sei, soweit er sehen könne, völlig im unklaren darüber, was in Lausanne stattgefunden habe, und es bestehe kein Grund, weshalb dem Hause nicht eine volle Mitteilung gegeben werden solle. Er könne sich der Zustimmung seines Vorredners von der Arbeiter-Opposition zur Lausanner Regelung nicht anschließen und auch nicht dem Jubel, den dieses Ergebnis anscheinend verursacht habe. Natürlich sei alles, was eine Reibung zwischen Deutschland und Frankreich beseitige, gut. Churchill nahm darauf Bezug, daß Macdonald, um seine Augen für die morgige Unterhausdebatte zu schonen, heute nicht im Unterhause anwesend ist, und fügte etwas ironisch hinzu, wenn man Europa gerettet habe, so sei ein Tag Ruhe keine übertriebene Forderung. Churchill beglückwünschte den Premierminister zu dem Einfluß, den er anscheinend in den Räten Europas ausgeübt habe, fuhr aber fort, er glaube aber, daß man Deutschland am meisten von allen zu dem Geschehenen beglückwünschen müsse. Innerhalb weniger (!) als 15 Jahre nach dem Weltkriege sei Deutschland völlig befreit worden von allen Lasten, „die furchtbaren Verletzungen wieder gut zu machen, die es seinem Nachbarn zugefügt hat." Deutschland müsse zwar drei Milliarden Mark zahlen, aber, so bemerkte Churchill, er habe erfahren, was Hitler gesagt habe, daß sie in einigen Monaten nicht mehr als drei Mark wert sein würden. Dies, so sagte Churchill, sei eine sehr starke Erklärung

Ein Valutenschieber in Salzburg gefaßt

Er suchte Dienstboten in die Schweiz und ließ sich deren Pässe aushändigen

Aus Salzburg wird gemeldet: Die Inseratenüberwachungsstelle der Polizeidirektion vernahm einen gewissen Egon Kölsch, der durch Inserate in hiesigen Blättern Dienstboten in die Schweiz suchte und sich von den Interessenten Reisepässe aushändigen ließ, mit denen er sich bei Verkehrsbüros Fahrscheine und bei Banken ausländische Valuten verschaffte. In seinem Besitz wurden außer einem Paß, lautend auf „Johann Azmann, Firmenorganisator in Wien", noch 30 Dienstbotenpässe und 1700 Schilling, 3600 Franes und 730 Schweizer Franken gefunden. Zur Feststellung seiner Identität wurde der Vernommene in Polizeigewahrsam gehalten. Nach den bisherigen Feststellungen übte Kölsch-Azmann diese Geschäfte schon seit dem vorigen Herbst aus. Kölsch hat auch in München zur Zeit der Räterepublik eine Rolle gespielt.

Berliner Optiker wird Ehrendoktor



Der Berliner Optiker Erich Ritte..

den die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung der Technischen Hochschule in Dresden wegen seiner hervorragenden Verdienste um die deutsche Präzisions-Optik zum Ehrendoktor ernannte

Nr. 161 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Dienstag, den 12. Juli 1932

Aus der Stadt

Polizeibericht vom 11. 7. 32

1. Im Monat Juni wurden als obdachlos auf der Polizeiwache bezw. im Obdachlosenasyl der Herberge untergebracht und verpflegt: 592 Personen

Auf der Wache wurden eingeliefert:

wegen Betruges	1 Person
wegen schweren Diebstahls	1 Person
in Schutzhaft	5 Personen
Verbüßung von Polizeistrafe	1 Person
Diebstahls bezw. Verdachts d. Diebst.	7 Personen
Verdachts d. Urkundenfälschung	1 Person
Verdachts der Hehlerei	1 Person
in Zwischenhaft	1 Person

2. In der Nacht vom 6. zum 7. 7. wurde aus einem Stall an der Arnsbergerstraße ein jg Dobbermannrüde, ca. 9 Monate alt, gestohlen. Das Tier ist braun, ca. 50 cm. hoch kennlich an Bißnarben, die am ganzen Körper vorhanden sind. Vermutlich ist es von den Tätern hier in der Umgegend verkauft worden. — Für Herbeischaffung des Tieres oder Angaben, die zur Ermittlung führen, ist eine Belohnung ausgesetzt worden. Angaben, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, erbittet die Krim.-Polizei.

Unterbringung von Kindern

Das Stadtwohlfahrtsamt weist darauf hin, daß die Landesfürsorgestelle in Münster nach wie vor in großem Umfange die Unterbringung von gesundheitlich gefährdeten und erholungsbedürftigen Kindern in auswärtigen geeigneten Kurheimen durchführt. Während der diesjährigen großen Ferien können noch Kurplätze in ausreichender Anzahl für Selbstzahler-Kinder zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich bei den Heimen um solche an der Nord- u. Ostsee Schwarzwald, Harz, Solkurorte usw. Die Kosten der Kuren sind gegenüber den früheren Jahren wesentlich ermäßigt worden, sie betragen durchschnittlich täglich 2,70 RM. Die Kuren dauern im einzelnen 6 Wochen. Die Heime sind mit allen hygienischen Einrichtungen ausgestattet. Die Kurerfolge waren stets sehr gut.

Diejenigen Eltern, welche von der Einrichtung für ihre kränklichen und erholungsbedürftigen Kinder während der großen Ferien Gebrauch machen wollen, werden gebeten, wegen Vermittlung eines Kurplatzes in den nächsten Tagen auf dem Stadtwohlfahrtsamt, Stadthaus, Zimmer Nr. 27, vorstellig zu werden, wo ihnen jedwede weitere Auskunft erteilt wird.

Das Finanzamt teilt mit:

Betrifft: Buchführungspflicht in landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben nach § 161 Abs. 1 Nr. 1 A. O.

Nach § 161 Abs. 1 Nr. 1 A. O. sind für die Zwecke der Besteuerung nach dem Einkommen, dem Ertrag und dem Vermögen die Unternehmer und Unternehmen, die nach den bei der letzten Veranlagung getroffenen Feststellungen entweder

einen Gesamtumsatz (einschl. des steuerfreien Umsatzes) von mehr als 200 000,— RM (§ 161 Abs. 1 Nr. 1 zu a A. O.)

oder

ein landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches und gärtnerisches Vermögen von mehr als 100 000,— RM (§ 161 Abs. 1 Nr. 1 zu c A O.)

oder

Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft von mehr als 6000,— RM (§ 161 Abs. 1 Nr. 1 zu e A. O.)

gehabt haben, verpflichtet, Bücher zu führen und auf Grund jährlicher Bestandsaufnahmen regelmäßig Abschlüsse zu machen.

(!) **Nach der Wewelsburg und ins Almetal** fährt morgen, Mittwoch, ein Omnibus der Firma Hans Freisfeld. Abfahrt 13,15 Uhr vom Verkehrsamt. Fahrpreis 3,50 Mark. Anmeldungen werden noch entgegengenommen.

× **Faltblatt.** Erfreulicherweise wird unserer Stadt Soest ein verdientes Loblied im **neuen Faltblatt von Münster:** Das romantische Westfalen aus der Vogelschau" gesungen. Das Blatt bringt auch eine schöne Ansicht aus **Soest** mit Dom und Petrikirche.

× **Die Besichtigung der früh- und vorgeschichtlichen Funde** für die Mitglieder des Vereins Heimatpflege erfolgt heute abend 20½ Uhr Treffpunkt: Burghofsmuseum. Gäste sind gern willkommen. Die Führung übernimmt Herr Reg.-Do.-Landmesser Schoppmann.

)!(**Sommerurlaubskarten, Unterbrechung der Hinfahrt am Tage der Reichstagswahl.** Nach den Tarifbestimmungen ist bei der Benutzung von Sommerurlaubskarten eine Unterbrechung der Hinfahrt nicht gestattet. Um solchen Reisenden, die sich am Tage der Reichstagswahl auf der Hinfahrt befinden, die Ausübung ihres Wahlrechts zu erleichtern, wird ausnahmsweise zugelassen, daß sie am 31. Juli d. J. gegen Vorzeigen des Wahlscheins an der Sperre die Fahrt unterbrechen können. Die Fahrt muß aber am gleichen Tage fortgesetzt werden.

Preisbericht vom 4. 7. - 9. 7.

Brot:

Weizenmischbrot, 1 Pfd. 18,8 bis 19,2 ₰, Roggenmischbrot 1 Pfd. 18—19,2 ₰, Roggenfeinbrot, 1 Pfd. 16—18 ₰, Kleingebäck (Schrippen, Brötchen, Semmel pp.), 4 Stück 10 ₰ und 3 Stück 10 ₰.

Frischfleisch:

Rindfleisch: Schmorfleisch (Keule, Rindsbraten usw.) mit Knochen, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Brust und Querrippe (Kochfleisch, Suppenfleisch usw.), 1 Pfd. 80 ₰, Fehlrippe (Hochrippe, dicke Rippe usw.) 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Gehacktes (Hackfleisch, Schabefleisch usw.), 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Talg (Rindsfett) 1 Pfd. 30 bis 40 ₰.

Schweinefleisch: (Schinken, Keule, Schlegel usw.) 1 Pfd. 80 ₰, Kotelett (Karbonade, Rippenstück, Rippchen usw.) 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Schnitzel (Schweinesteak) ohne Knochen, 1 Pfd. 110 bis 120 ₰, Kamm (Nacken, Bratbraten usw.) 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Schulter (Schust, Schäuferl usw.) 1 Pfd. 70 bis 80 ₰, Bauch (Wammerl usw.) 1 Pfd. 50 bis 70 ₰. Rückenfett (grüner Speck usw.) 1 Pfd. 50 bis 70 ₰.

Kalbfleisch: Keule (Schlegel und dergl.) mit Knochen, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Nierenbraten, 1 Pfd. 75 bis 90 ₰, Brust (Brustbraten usw.), 1 Pfd. 75 bis 80 ₰, Schulter (Bug, Blatt, Schäuferl usw.), 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Kamm (Bratbraten usw.) 1 Pfd. 80 ₰. Schnitzel ohne Knochen, 1 Pfd. 120 bis 140 ₰.

Hammelfleisch: (Keule, Schlegel usw.), mit Knochen, 1 Pfd. 80 bis 100 ₰, Rücken, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Schulter (Bug, Blatt, Schäuferl usw.), 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Bauch (Dämmung usw.), 1 Pfd. 70—80 ₰.

Eßkartoffeln, 1 Pfd. 4 bis 6½ ₰.

Vollmilch: 1 Ltr. 16 bis 20 ₰.

In Flaschen 1 Liter 25 ₰.
Schweineschmalz, hies., 1 Pfd. 70 bis 80 ₰.
Ausländisches, 1 Pfd. 38 bis 58 ₰.

Butter:

Molkereibutter, inländ., 1 Pfd. 120 bis 135 ₰.
Landbutter, 1 Pfd. 110 ₰.
Margarine, 1 Pfd. 27 bis 80 ₰.
Kokosfett, 1 Pfd. 28 bis 63 ₰.
Salzheringe, 1 Stück 3 bis 10 ₰.
Schellfisch, 1 Pfd. 30 ₰.

Käse:

Holländer, halbfett, 1 Pfd. 40 bis 75 ₰.
Holländer, Vollfett, 1 Pfd. 55 bis 150 ₰.
Edamer, 1 Pfd. 55 bis 150 ₰.
Schweizer, 1 Pfd. 90 bis 155 ₰.

Zucker, 1 Pfd. 38 bis 40 ₰.
Reis (Vollreis, mittl. Güte), 1 Pfd. 14 bis 35 ₰
Graupen, 1 Pfd. 15 bis 28 ₰.
Erbsen (gelbe), 1 Pfd. 16 bis 28 ₰.
Speisebohnen, weiße, 1 Pfd. 16 bis 28 ₰.
Linsen 1 Pfd. 15 bis 35 ₰.
Hühnereier, 1 Stück 7 bis 9 ₰.

Gemüse:

Weißkohl, 1 Pfd. 12 bis 15 ₰.
Rotkohl, 1 Pfd. 20 ₰.
Wirsing, 1 Pfd. 15 ₰.
Blumenkohl, 1 Kopf 30 bis 60 ₰.
Mohrrüben, 1 Bund 15 bis 20 ₰.
Sauerkraut, 1 Pfd. 12 bis 15 ₰.

Bei vorstehenden Preisen handelt es sich um die jeweils im Stadtbezirk vorkommenden niedrigsten und höchsten Preise einer Ware.

Preisschießen des Bürger-Schützen-Vereins

am 9. und 10. Juli 1932.

Siegerliste:

1. Ehrenscheibe

1. Preis Roye Hermann, Soest
2. Preis Nymphius Wilhelm, Soest
3. Preis Husemeyer Heinz, Soest
4. Preis Siebert Wilhelm, Soest
5. Preis Kerstin Wilhelm, Soest.

2. Diopter- und Wehrmann-Scheibe 175 m.

1.	Preis Lüke Gustav, Rottlinde	57 Ringe
2.	Preis Barella Fritz, Soest	51 Ringe
3.	Husemeyer Heinz, Soest	51 Ringe
4.	Roye Hermann, Soest	50 Ringe
5.	Plange Wilhelm, Soest	50 Ringe
6.	Holtzwart Ernst, Soest	49 Ringe
7.	Overbeck Wilhelm, Soest,	48 Ringe
8.	Overbeck Adolf, Soest	48 Ringe

3. Ermunterungs-Scheibe 100 m.

1.	Preis Holtzwart Ernst, Soest	59 Ringe
2.	Preis Knapp Franz, Soest	58 Ringe
3.	Preis Lüke Gustav, Rottlinde	56 Ringe
4.	Preis Barella Fritz, Soest	56 Ringe
5.	Preis Husemeyer Heinz, Soest	55 Ringe
6.	Preis Trudewind August, Soest	52 Ringe
7.	Preis Borbein Ernst, Soest	52 Ringe
8.	Preis Findel Th., Soest	50 Ringe
9.	Overbeck Wilhelm, Soest	49 Ringe
10.	Preis Plange Wilhelm, Soest	49 Ringe
11.	Preis Dallmann Karl, Soest	48 Ringe
12.	Preis Nymphius Wilhelm, Soest	47 Ringe
13.	Preis Pantwich Karl, Soest	47 Ringe
14.	Preis Kurtze Hugo, Soest	46 Ringe
15.	Preis Höffer Josef, Soest	46 Ringe

4. Kleinkaliber-Scheibe 60 m.

1.	Preis Husemeyer Heinrich, Soest	35 Ringe
2.	Preis Barella Fritz, Soest	34 Ringe
3.	Preis Plange Wilhelm, Soest	34 Ringe
4.	Preis Borbein Ernst jr., Soest	34 Ringe
5.	Preis Böddecker Wilhelm jr., Soest	33 Ringe
6.	Preis Lüke Gustav, Rottlinde	33 Ringe
7.	Preis Pantwich Karl, Soest	33 Ringe
8.	Preis Findel Th., Soest	31 Ringe
9.	Tabel E., Dortmund	31 Ringe
10.	Holtzwart Ernst jr., Soest	30 Ringe
11.	Nymphius Wilhelm, Soest	30 Ringe
12.	Ennemann Heinrich, Soest	30 Ringe
13.	Peus Fritz, Soest	29 Ringe
14.	Preis Rolfing jr., Soest	29 Ringe
15.	Preis Plange Karl jr., Soest	28 Ringe
16.	Preis Heyde jr., z. Zt. Soest	27 Ringe
17.	Preis Effey Wilhelm jr., Soest	27 Ringe
18.	Preis Ruthemeyer Bernhard, Soest	27 Ringe
19.	Preis Glück Karl, Soest	26 Ringe
20.	Preis Terstin jr., Soest	26 Ringe

Noch nicht abgeholte Schieß-Preise sind ab Dienstagnachmittag im Geschäftszimmer des Bürgerschützen-Vereins abzuholen.

Mit dem Postauto zum Kohlberg

Eine wirklich genußreiche Fahrt unternahm am Sonntag die Reichspost zum Ehrenmal auf dem Kohlberg bei Altena. Ueber Arnsberg, wo noch einige Teilnehmer einstiegen, ging die Fahrt durchs Seufzertal über Müschede nach Sanssouci ins romantische Hönnetal. Hier wurde die schönste Strecke vom Klusenstein bis Platthaus zu Fuß begangen. Das Auto folgte langsam nach, um dann über Deilinghofen, Iserlohn an der Alexanderhöhe vorbei ins Tal der Lenne nach Altena zu fahren. Hier wurde den Teilnehmern über eine Stunde Zeit zur Besichtigung der Burg Altena geboten. Reichhaltig ist das Museum für Orts- und Heimatkunde, in dem wertvolle Stücke, auch aus der Soester Gegend, untergebracht sind. Es sei erinnert an die Altdegreverstube, an die Altarbilder der Soester Schule in der Burghofskapelle, auf die aus dem 16. Jahrhundert stammende große Schützenkette von Lohne usw. Der Abstecher nach hier war reich lohnend.

Dann ging es kurz vor 1 Uhr über das malerisch gelegene Dale zum 514 m hohen Kohlberg hinauf. Ein herrliches Fleckchen Erde mit schönen Rundblicken auf die sauerländischen Berge und Ortschaften. Geräumige Gaststätten im Innern des hübschen Baues und luftige Terassen laden die Teilnehmer zur Einnahme des Mittagsmahles ein. Die freie Besichtigung im Innern, die herrlichen Waldspaziergänge mit lauschigen Lagerungsplätzen lassen die 3 bis 4 hier geplanten Stunden nur zu schnell dahineilen. Auf dem Heimwege wird in Neuenrade ein Teil der Mitgefährten aufgenommen, über Sundern gefahren und in Arnsberg noch 1 Stunde Rast angesetzt. Man war des Lobes voll über die gut durchgeführte Fahrt, die programmäßig verlief und die hochbefriedigten Teilnehmer wieder Punkt 20 Uhr in Soest ablieferte. Da sich in dem Auto eine vorzügliche Ventilation einrichten läßt, da bei dem guten Material der Kraftwagen eine ausgezeichnete Federung und Gangart besteht, wurden die Gäste auch über die Beschwernisse der Hitze und „Seekrankheit" angenehm hinweggetäuscht.

Dinker, 11. Juli. Bei dem diesjährigen Schützenfest der Gemeinden **Dinker, Dorfwelver** und Nateln erwarb Herr Adolf Droste die Königswürde. Er erwählte sich zur Königin Fräulein Mariechen Högger.

Reiter-Turnier in Hamm

Spitzenleistungen im Fahren und Reiten.

Rekordspringen.

Ergebnis: 3. H. Mawicks, RV. Ostönnen, Viktoria (Reiter D. Mawick), 1.70 Meter; 5. A. Sch.-Günnes, Rv. Soest, Betta (Reiter A. Sch.-Günne jr.) 1,65 Meter.

Sternfahrt.

Große Westfälische Eignungsprüfung für Wagenpferde als Dauerzug-Leistungsprüfung.

Ergebnis: 1. Ant. Viehhabers, Rv. Diestedde-Herzfeld, Comtesse und Henner (Fahrer V. Viehhaber). Wertnote 9.05; 9. A. Kaisers, Rv. Soest, Hermann und Schuerhoffs, Rv. Soest, Hermann (Fahrer A. Kaiser). Wertnote 13,85.

Eignungsprüfung für Reit- und Wagenpferde (Vielseitigkeitsprüfung).

Ergebnis: 6. H. Mawicks Hannchen, Rv. Ostönnen (Bes.), 1.35.

Provinzialverbands-Jagdspringen

Ergebnis: 1. W. Rosenöggers (Rv. Soest) Veilchen (H. Jaspert), 0 F. 48 S.; 4. K. Klewitzs (Rv. Soest) Orkan (D. Klewitz jr.), 0 F. 51 S.; 4. Ww. Mühlenschultes (Rv. Soest) Hera (A. Brothe), 0 F. 51 S.; 7. Dietr. Woesthoffs (Rv. Ostönnen) Nestor (H. Woesthoff), 0 F. 56 S.

Wettkampf um die Provinzial-Standarte

Vielseitigkeitsprüfung, bestehend aus a) Dressurprüfung Kl. A, b) Vormusterung, c) Fahrerprüfung, d) Geländeritt über 8 Klm., e) 100-m-Lauf.

Wanderstandarte (Provinzial - Standarte), gegeben von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen dem Sieger. Den teilnehmenden Vereinen Ehrenurkunden.

Ergebnis:

1. Reit- und Fahrverein Brackel Gesamtnote 42,75
2. Zucht-, Reit- und Fahrverein Ahlen Gesamtnote 47,12
3. Landw. Reiterverein Kalthof Gesamtnote 59,32
4. Reit- und Fahrverein Greven Gesamtnote 60,69
5. Reiterverein Ostönnen Gesamtnote 61,68
6. Reit-, Fahr- und Zuchtverein Rhynern Gesamtnote 62,16

Ferner konkurrierten 4 Vereine.

Der beste Reiter des ganzen Wettkampfes: Hub. Geisthövel-Pellengahr (Rv. Ahlen) mit Wertnote 8,20. Wert: Ehrenpreis.

Wander-Ehrenpreis des Oberpräsidenten.

Verteidiger: Zucht-, Reit- und Fahrverein Soest. Vielseitigkeitsprüfung, bestehend aus Dressurprüfung und Jagdspringen.

Ergebnis:

1. Ländl. Reiterverein Recklinghausen Wertnote 14,18
2. Zucht-, Reit- und Fahrverein Soest Wertnote 14,32
3. Reit- und Fahrverein des Kreises Halle, Abteilung Halle 16,45
4. Reit- und Fahrverein Flierich Wertnote 18,85
5. Reiterverein Ostönnen Wertnote 20,52
6. Reit- und Fahrverein Pelkum Wertnote 21,53

Der beste Reiter des ganzen Wettkampfes: Hans Möllenbeck (Rv. Recklinghausen), Wertnote 1,00, erhielt einen Ehrenbecher.

Wettkampf um den Jugendpreis

Ergebnis: 3. Zucht-, Reit- und Fahrverein Soest (bester Reiter: Otto Adam).

Dressurprüfung ehem. Reit- und Fahrschüler:

Ergebnis: 2. D. Klewitz' (Rv. Soest) Orkan (D. Klewitz jr.); 4. H. Mawicks (Rv. Ostönnen) Hannchen (Bes.); 8. H. Mawicks (Rv. Ostönnen) Viktoria (D. Mawick).

Wettkampf der Voltigierabteilungen:

Ergebis: 1. Reiterverein Bodelschwingh, 2. Reiterverein Westbevern, 3. Reiterverein Ostönnen, 4. Reiterverein Kamen, 5. Reiterverein Pelkum.

Mannschaftswettbewerb der Kreisverbände.

Jagdspringen Kl. L.

Ergebnis: 2. Kreisverband Soest: H. Leiferts, Rv. Ostönnen, 8jähr. F.-St. Doris (Bes.); H. Mawicks, Rv. Ostönnen, a. R.-St. Viktoria (D. Mawick); A. Sch.-Günnes, Rv. Soest, 7j. F.-St. Betty (A. Sch.-Günne). Ferner drei Kreisverbände.

Provinzialverbands-Jagdspringen:

Ergebnis:

1. A. Schulte-Günne, Soest, Betty (Reiter: A. Schulte-Günne jr.), 0 F., 41 Sek.

Preis der Vereinigung für Viererzugfreunde:

Ergebnis: 3. Verein Soest, Fahrer D. Klewitz jun.



Die Neuerungen für Militärrentenempfänger

Die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. 6. 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 273) enthält in ihrem III. Kapitel die Vorschriften über Aenderungen der Versorgungsgesetze (Reichsversorgungsgesetz — RVG. — vom 12. 5. 1920, Altrentnergesetz — ARG. — vom 18. 7. 1921, Kriegspersonenschädengesetz (KPSG.) vom 15. 7. 1922 und Verfahrensgesetz — Verf.-G. — vom 10. 1. 1922, sämtlich in der Fassung der bisher ergangenen Abänderungen.

Die am 15. 6. 1932 verkündete Verordnung ist, soweit nicht im einzelnen etwas anderes bestimmt ist, am 16. 6. 1932 in Kraft getreten. Soweit Entziehungen oder Herabsetzungen der Gebührnisse zu erfolgen haben, treten diese mit Wirkung vom 1. 8. 1932 ab in Kraft. Da über die Umrechnung und Neufeststellung der Versorgungsgebührnisse Bescheide nicht zu erteilen sind, findet eine Berufung nicht statt. Es sollen deshalb die wichtigsten Aenderungen hiermit allgemein hervorgehoben werden:

I. Beschädigte

1.) Die durch die Notverordnung vom 5. 6. 1931 im Sinne § 30 Absatz 6 RVG. getroffene Vorschrift, daß die Gebührnisse der Leichtbeschädigten (30 und 40 v. H. Rente) um den Betrag einer Kinderzulage zu kürzen waren, ist aufgehoben worden; Kinderzulagen werden demnach wieder gezahlt. Nunmehr bestimmt der dem R. V. G. neue hinzugefügte § 30a, daß die Gebührnisse der Leichtbeschädigten allgemein um 20 v. H. der Grundrente und der Ausgleichszulage zu kürzen sind, woraus sich weiter auch eine entsprechende Kürzung der Ortszulage ergibt. Praktisch haben diese neuen Vorschriften nur für Ein-

derlose Leichtbeschädigte Bedeutung, da nur für diese eine Kürzung eintritt, während die Beschädigten mit einem und mehreren Kindern ihre bisherigen Gebührnisse behalten.

Bei Schwerbeschädigten (50 bis 100 v. H. Rente) findet eine Kürzung der eigentlichen Rente überhaupt nicht statt.

2.) Während bisher auf die **Kinderzulage** bis zum vollendeten 18. Lebensjahre ein Rechtsanspruch bestand, besteht ein solcher jetzt nur noch bis zum vollendeten 15. Lebensjahre.

Nach Vollendung des 15. Lebensjahres kommt die Bewilligung einer Kinderzulage grundsätzlich nur noch als sogenannte Kannversorgung in Frage soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt.

Diese Vorschrift gilt sowohl für Leicht- als auch für Schwerbeschädigte.

Die Möglichkeit einer Kannversorgung besteht für **Schwer-** und **Leichtbeschädigte** in gleicher Weise, wenn ein Kind **bei** Vollendung des 15. Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Nur Schwerbeschädigte haben die weitere Möglichkeit einer Kannversorgung, wenn ein Kind **bei** Vollendung des 15. Lebensjahres die Berufsausbildung noch nicht beendet hat. Die Kinderzulage kann in diesem Falle bis zum vollendeten 21. Jahre gewährt werden. Die zu der Verordnung vom 14. 6. 1932 vom Reichsarbeitsministerium erlassenen Durchführungsbestimmungen vom 18. 6. 1932 enhalten nähere Anweisungen über die Voraussetzungen einer Kannversorgung in sachlicher und formeller Hinsicht sowie für den Uebergang. Es wird dabei unterschieden

a) zwischen Kinder, die im Juli 1932 laufende Kinderzulagen bezogen u. die am 1. 8. 1917 oder früher geboren sind,
und
b) solchen, die erst nach dem 31. 7. 1932 das 15. Lebensjahr vollenden.

Weitere Unterschiedsmerkmale bestehen darin, ob es sich um Kinder von Schwer- oder Leichtbeschädigten, sowie um Gebrechlichkeit oder Schul- und Berufsausbildung handelt. Im einzelnen ist folgendes bestimmt worden:

Zu a) die Zahlung der **im Juli 1932 laufenden Kinderzulagen** für Kinder, die am 1. 8. 1917 oder früher geboren sind, ist mit Ende Juli 1932 einzustellen, es sei denn, daß bereits bisher Kinderzulage wegen Gebrechlichkeit oder Berufsausbildung bewilligt ist. In diesen Fällen wird die Kinderzulage zunächst weitergewährt, jedoch nur solange, bis die alsbald vorzunehmende Prüfung ergeben hat, daß ein Bedürfnis nicht mehr vorliegt. Für diese Fälle kommen, soweit es sich um Gebrechlichkeit handelt, Schwer- und Leichtbeschädigte, soweit Berufsausbildung in Frage kommt, **nur** Schwerbeschädigte in Frage.

Mußten hiernach Kinderzulagen entzogen werden, so kann auf **Antrag**, der bei der zuständigen Fürsorgestelle zu stellen wäre, jedoch frühestens vom Monat der Bewilligung ab, Kinderzulage wieder gewährt werden, und zwar unter folgenden Voraussetzungen:

Bei **Gebrechlichkeit**, wenn diese am 1. 8. 1932 vorliegt. Der Antrag muß bis 31. 1. 1933 gestellt sein. Es kommen hierfür Schwer- und Leichtbeschädigte in Frage.

Bei **Schul- oder Berufsausbildung**, wenn die Voraussetzungen am 1. 8. 1932 vorliegen. Die Wiederbewilligung kann erfolgen für Schwerbeschädigte längstens bis zur Vollendung des 21. Jahres, für Leichtbeschädigte bis längstens des 18. Lebensjahres.

Zu b) Für Kinder, die das 15. Lebensjahr erst **nach** dem 31. 7. 1932 vollenden, kann **Schwer- und Leichtbeschädigten bei Gebrechlichkeit** frühestens vom Bewilligungsmonat ab Kinderzulage gewährt werden, wenn die Gebrechlichkeit bei Vollendung des 15. Lebensjahres vorliegt und der Antrag innerhalb von 6 Monaten nach diesem Zeitpunkt gestellt wird.

Liegt bei Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung vor, so kann **Schwer**beschädigten **auf Antrag** vom Bewilligungsamt ab Kinderzulage gezahlt werden, und zwar auch dann, wenn das Kind erst nach Vollendung des 15. Lebensjahres, aber innerhalb 6 Monaten nach Beendigung der Schulausbildung in eine Berufsausbildung eintritt. Beim Fehlen dieser Voraussetzung kann **Schwer**beschädigten die Kinderzulage nur im Wege des Härteausgleichs bewilligt werden, und zwar auch **nur** dann, wenn die Berufsausbildung bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres begonnen wird.

Kinder von **Leicht**beschädigten, die das 15. Lebensjahr erst nach dem 31. 7. 1932 vollenden, können bei **Schul-** und **Berufsausbildung** künftig keine Kinderzulage mehr erhalten.

II. Hinterbliebene

Nach § 41 RVG. wurde Waisenrente bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres als Rechtsanspruch gewährt. Nach den neuen Vorschriften gibt es einen Rechtsanspruch nur noch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres.

Nach Vollendung des 15. Lebensjahres kann auf Antrag beim Vorliegen eines Bedürfnisses nur noch eine Kannversorgung in Frage kommen, wenn die Waise **bei** Vollendung des 15. Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu unterhalten oder wenn sie **bei** Vollendung des 15. Lebensjahres die Berufsausbildung noch nicht vollendet hat.

Für die Weiterbewilligung gelten dieselben Vorschriften wie sie für die Weitergewährung der Kinderzulagen an **Schwer**beschädigte gegeben und vorstehend unter I näher erläutert worden sind. Die Waisenrente kann jedoch von Amtswegen weitergewährt werden, wenn aus den bei den Akten des Versorgungsamts befindlichen Unterlagen zweifelsfrei hervorgeht, daß die Voraussetzungen für die Weitergewährung der Waisenrente wegen Schul- oder Berufsausbildung vorliegen. Das ist in der Regel dann der Fall wenn dieserhalb eine Waisenrente als Kannversorgung nach den bisherigen Vorschriften oder eine Erziehungsbeihilfe bereits gewährt wird. In allen übrigen Fällen ist die Weitergewährung von einem Antrag abhängig, der bei der zuständigen Fürsorgestelle zu stellen wäre.

III. Sonstige Vorschriften.

Die Erhöhung der Versorgungsgebührnisse für Beschädigte und Hinterbliebene — einschließlich der Kinder- und Ortszulagen — (§ 55 und 56 RVG.) beginnt frühestens mit dem Antragsmonat, auch wenn es sich um Ansprüche für die Zeit vor dem 1. 8. 32 handelt.

Im Verfahren vor den Spruchbehörden der Reichsversorgung kann dem Rechtsmittelkläger bei der Einlegung der Berufung oder des Rekurses die Entrichtung einer Gebühr mit der Wirkung auferlegt werden, daß das Rechtsmittel als nicht eingelegt gilt, wenn die Gebühr nicht binnen einer bestimmten Frist entrichtet wird

Nähere Bestimmungen der Reichsregierung sind nach Anhörung des Reichsrats hierüber noch zu erwarten.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne, sämtlich in Soest.

Turnen, Spiel, Sport

Motorsport — Lippstadt

Wie wir vom Motorsportklub D. M. V. e. V. Lippstadt erfahren, beabsichtigt der Klub, am Sonntag, dem 24. Juli, das zweite diesjährige Rennen zu veranstalten. Waren die bisherigen Veranstaltungen auf der Aschenbahn ein Ereignis besonderer Art, so verspricht dieses Rennen ganz besonders interessant zu werden. Große Aschenbahn-Spezialisten haben schon jetzt ihre Nennungen abgegeben.

Jede Hausfrau muß heute sparen!

Richtig sparen heißt
Dr. Thompson's **Seifenpulver „Marke Schwan"** verwenden.



Seit mehr als 50 Jahren hat Schwanpulver sich in Millionen Haushaltungen als zuverlässiger Helfer bewährt. Schwanpulver ist seitdem noch verfeinert und vervollkommnet worden, sein Preis ist den heutigen Verhältnissen angepaßt

Darum zur Wäsche, zum Scheuern u. Reinemachen nur
Dr. Thompson's
Seifenpulver „Marke Schwan"

herabgesetzter Preis — Normalpaket 24 Pfennig
neu — das große Doppelpaket 44 Pfennig

Reparaturen
in Nähmaschinen, Sprechapparaten, Fahrrädern und Motorrädern
werden gut u. preiswert ausgeführt
Ersatzteile stets vorrätig.
H. WULF, Mechaniker,
Telefon 689. Hoher Weg 13.

Fesselnde Romane und Erzählungen
finden Sie neben anderem interessanten Text tägl. im
Soester Kreisblatt.

Gelbe Raucherzähne „Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und unschön wirkten. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont". B., Horst Berg. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 50 Pf. und 80 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück. Versuch überzeugt.

WOLFA MARKEN
Drei-Eichen-Hof

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU I. SA.

(44. Fortsetzung.)

Eine Klinke wurde heruntergedrückt.

Dann stand Hermann vor seinem Vater.

Karl Rüster saß aufrecht in seinem Bett. Sein Gesicht war fahl und zerfallen. Aber als er den Sohn sah, leuchtete es in den Augen des Sterbenden noch einmal auf.

Hermann kniete am Bett des Vaters nieder und tastete nach seinen Händen.

„Mein . . . Junge! Mein . . . Hermann!" sagte der Sterbende leise. Er war bei vollem Bewußtsein.

Der Arzt hatte sich langsam entfernt, und Vater und Sohn blieben allein. Sie sprachen sich aus in den letzten Minuten.

Karl Rüsters Lebenskraft war völlig gebrochen.

Der Hof, der Rüsterhof, der Ort seiner Qual und doch auch seiner Seligkeit, ihn hatte der Vater verkauft. So war das Geschlecht der Rüster heimatlos geworden.

Karl Rüster ordnete seine irdischen Angelegenheiten.

Er übergab Hermann seinen kärglichen Besitz, von dem dieser noch nichts gewußt hatte.

Es waren fünf Acker Land, die an den Zellner verpachtet worden waren. An Geld besaß er fast nichts, nicht einmal hundert Mark.

In der Nacht um die elfte Stunde starb Karl Rüster.

Ganz Postelwitz war erregt.

Die Nachricht, daß Hermann zum sterbenden Vater gefahren war, hatte sie alle aufs stärkste getroffen.

Die Schuld des alten Rüster stieg riesengroß in den Augen der Dörfler. Jeder war sich darüber im klaren, daß die niederschmetternde Nachricht vom Verkauf des Hofes Karls Tod bewirkt hatte.

Gottlieb Rüster aber erfuhr nichts davon, denn er hatte sich in sein Zimmer eingeschlossen und verlangte weder Speise noch Trank. Nur des Nachts, wenn alles schlief, kam er heraus und aß etwas.

Die Dienstleute taten ihre Arbeit, so gut es ging. Der Herr fehlte freilich, aber in Kürze sollte ja ein Inspektor kommen.

Als die Nachricht vom Tode Karl Rüsters auf dem Gute eintraf, erschrak das Gesinde, und ihre feindselige Stimmung gegen den Alten wurde förmlich zum Haß.

Die alte Magd, die Haberstroh, wollte es ihm sagen, aber die anderen waren dagegen.

„Er hat nicht nach dem Sohne gefragt, als er den Hof weggab. Karl ist drum gestorben. Er soll in Frieden begraben werden. Geht der Bauer zum Begräbnis, dann schlagen sie ihn tot, so hassen sie ihn."

Das war aller Meinung.

Der Sarg wurde nach Postelwitz überführt, und Karl Rüster, der im Leben still und abseits gelebt hatte, wurde mit allen Ehren begraben.

Ganz Postelwitz und die umliegenden Ortschaften gaben ihm das letzte Geleit. Der Drei-Eichen-Hof war vollzählig vertreten.

Hermann kam zusammen mit Helga.

Der Pfarrer sprach eine so erschütternde Totenpredigt, wie er sie selten gesprochen, und die das Herz so manches Hartgewordnen aufwühlte. Die Kinder sangen am Grabe, und eine Handvoll Erde nach der anderen fiel hinab auf den Sarg.

Hermanns Antlitz war starr. Er weinte nicht, aber man sah es ihm an, wie bitter er litt.

Still ging das Begräbnis zu Ende.

Es gab keinen Leichenschmaus. Die entfernten Verwandten der Rüster fuhren gleich nach der Beerdigung wieder nach Hause.

Still und ruhig hatte man Karl Rüster eingebettet in Mutter Erde.

An diesem Tage aber weckte der dumpfe Klang der Glocken den alten Rüster aus seinem Brüten.

Die Magd in der Küche fuhr plötzlich zusammen, als Gottlieb Rüster erschien.

„Tag, Bauer!"

„Tag, Anna!"

„Willst du essen, Bauer?"

Gottlieb schüttelte den Kopf. „Nein. Aber sag, Anna, warum läuten die Glocken? Ist wer gestorben?"

Die alte Magd sah ihn finster an.

„Ja! Ist wer gestorben! Denk, mußt ihn auch gut gekannt haben. Der Karl . . . dein Sohn ist gestorben, und jetzt tragen sie ihn zu Grabe. Sind alle gegangen. Ich kann nicht wegen dem Reißen."

Gottlieb Rüster starrte sie wie ein Irrer an.

„Der . . . Karl!" stieß er hervor. Dann nickte er vor sich hin. „Da . . . da hat der Doktor recht gehabt . . . und ich auch."

Die Magd grollte bitter auf: „Was red'st, Bauer? Hast ihm das Ende bitter genug gemacht! Sollst dich schämen bis auf den Grund! Kann dich kein Christenmensch mehr ansehn."

Doch der Alte schien weder erschüttert noch betroffen.

Im Gegenteil, ein verbissenes, hohnvolles Lachen lag auf den Greisenzügen, als er die Küche verließ.

„Ein Teufel . . . ein Teufel is er! Ein richtiger Teufel!" sagte die Magd für sich hin und bekreuzigte sich.

Oberst von Kettler hatte auch dem Begräbnis mit beigewohnt und nahm eine Einladung Helgas nach dem Drei-Eichen-Hof an.

Das einfache Mahl wurde in ernster, etwas gedrückter Stimmung eingenommen.

Nach dem Essen fragte der Oberst: „Wie lange werden Sie nun noch bei mir sein, Hermann?"

Hermann sah Helga an und das Mädchen errötete.

Dann sagte sie tapfer: „Herr Oberst, ich bitte Sie, entlassen Sie Hermann in . . . sechs Wochen, denn dann findet unsere Hochzeit statt. Sie wird ganz still sein. Der Tote wird uns verstehen, wenn wir das Trauerjahr nicht einhalten. Sie aber, Herr Oberst, bitte ich herzlich, unser Trauzeuge zu sein."

Sehr herzlich erwiderte der Oberst: „Gern, Fräulein Kettler! Verfügen Sie immer über mich. Sie tun recht, wenn Sie nicht warten. Hermann hat Bitteres durchgemacht. Das Schicksal hat Sie bestimmt, ihn mit seinem Schicksal auszusöhnen, und ich glaube, daß es Ihnen gelingen wird, ihn wieder froh zu machen."

Helga warf einen Blick auf den Geliebten, dessen Augen unter ihrem Liebesblick aufleuchteten, und sagte innig: „Ich will alles tun, was ein Weib vermag." (Fortsetzung folgt.)

Bergisches, Südwestfalen

Tagung des rhein. Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung

Vom 9. bis 11. Juli veranstaltete der rheinische Hauptverein der evang. Gustav-Adolf-Stiftung in Wuppertal-Elberfeld seine diesjährige Provinzialversammlung. Den Auftakt der Tagung bildete am Samstagnachmittag ein Festgottesdienst, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag von Lic. H. Klugkist-Hesse, Elberfeld, über „Gustav-Adolf-Geist in Elberfeld vor Gustav Adolf" stand.

Den Höhepunkt des Sonntags bildete eine Kundgebung in der alten reformierten Kirche. In ihr überbrachte Oberbürgermeister Friedrich die Grüße und Wünsche der Stadt Wuppertal. Lic. Klugkist erinnerte daran, daß Elberfeld es gewesen sei, von wo der Gedanke der Gründung des rheinischen Hauptvereins der evang. Gustav-Adolf-Stiftung ausgegangen sei. — Der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Geheimrat Prof. D. Dr. Rendtorff rühmte den Gustav-Adolf-Geist im Rheinland und das gerade hier vorhandene tiefe Verständnis für die entfernt liegenden Diasporen. Gerade im Rheinland werde treu, zielbewußt und hingebend gearbeitet und das sei es, was den Zentralvorstand immer wieder zu fruchtbringender Arbeit ermutige. — Weitere Grüße und Wünsche überbrachten Generalsuperintendent D. Stoltenhoff als Vertreter des evangelischen Konsistoriums in Koblenz, Superintendent Meinberg als Vertreter des Provinzialkirchenrates und Prof. D. Pfennigsdorf als Vertreter der evang.-theologischen Fakultät Bonn.

Am Montag fand die Tagung mit der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten ihren Abschluß.

Finnentrop. Der Reichsfinanzminister in Westfalen zur Erholung. Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk traf, von Lausanne kommend, in Bamenohl bei Finnentrop (Westfalen) ein. Er begab sich zum Grafen Plettenberg auf Schloß Bamenohl, wo zur Zeit seine Gattin, die Schwester des Grafen Plettenberg, mit ihren Kindern weilt, um mehrere Tage dort zu verbringen.

Vom Niederrhein

Düsseldorf. Bittgang von 15000 katholischen Männern. Zur Ueberwindung der gegenwärtigen Zeit nationaler Volksnot und Zerrissenheit des deutschen Volkes veranstalteten die kathol. Männer und Jungmänner Düsseldorfs in den Abendstunden einen Bittgang zum Karlsplatz, an dem sich etwa 15 000 Menschen beteiligten. Diese religiöse Kundgebung nahm ihren Ausgang von sechs Sammelkirchen, von wo die Männerprozessionen betend und singend zum Karlsplatz zogen, wo eine Schlußfeier stattfand.

Düsseldorf. Schwerer Autounfall. Abends ereignete sich in der Nähe des Rheinstadions ein folgenschwerer Autounfall. Ein mit drei Personen besetzter Personenwagen, der aus Duisburg kam, versuchte die Straßenbahn zu passieren, wurde jedoch, als diese abbog, zwischen Straßenbahn und Hauswand eingeklemmt und zertrümmert. Die Insassen, Direktor Roelen von den Thyssenschen Gas- und Wasserwerken in Duisburg-Hamborn und seine Frau erlitten so schwere Verletzungen, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Führer des Wagens kam mit Hautabschürfungen davon.

Düsseldorf. Der Schmuggel im Landesfinanzamtsbezirk Düsseldorf. Nach einer Mitteilung des Landesfinanzamtes wurden im Landesfinanzamtsbezirk Düsseldorf im Monat Juni 1486 Schmuggelfälle aufgedeckt. Dabei sind insgesamt 182 000 Stück Zigaretten, 3700 Heftchen Zigarettenpapier, 5300 Klg. Tabak, 2400 Klg. Kaffee, 9800 Klg. Getreide, 4000 Klg. Müllereierzeugnisse und 600 Klg. sonstige Waren beschlagnahmt worden. Ferner wurden den Schmugglern 158 Fahrräder, 5 Motorräder und 5 Kraftwagen, die zur Beförderung von Schmuggelwaren dienten, abgenommen. Außer hohen Geld- und Freiheitsstrafen haben die Schmuggler die Einziehung der Waren und Fahrzeuge zu erwarten.

Orsoy. Das dritte Paddelbootunglück innerhalb weniger Tage ereignete sich abends gegen 6 Uhr auf dem Rhein in Höhe Orsoy. Infolge hohen Wellenganges durch einen Raddampfer kenterte ein mit zwei Personen besetztes Paddelboot. Die verunglückten Bootsinsassen vermochten sich an den Rand des Bootes anzuklammern. Plötzlich verließen den Mann die Kräfte. Er versank in den Fluten und wurde von den Wellen abgetrieben. Das Mädchen wurde noch rechtzeitig gerettet. Die Leiche des Mannes konnte noch nicht geborgen werden.

Vom Mittel- und Oberrhein

Bonn. Studenten ehren die Gefallenen. Die Studentenschaft der Universität und die Chargierten der Korporationen versammelten sich mittags im Binnenhof der Universität, um anläßlich der Uebernahme des Friedhofes von Langemark durch die deutsche Studentenschaft der Gefallenen zu gedenken. — Geheimrat Prof. Dr. Meinhold hielt die Gedächtnisrede und schilderte den begeisterten Auszug der jungen Studenten zu Beginn des Krieges, die für die Freiheit des Vaterlandes in den Tod gegangen seien. Wie sie kämpften, so wollten auch wir für das Vaterland arbeiten, ohne Unterschied der Konfession und des Standes. Die Begeisterung allein mache es nicht, sondern sie müsse geleitet werden vom Willen und Verstand. — Dr. Tack las das Requiem von Hetzbel und fünf Kriegsbriefe. Studenten Hörich verlas alsdann die Rede Wehners, die zur gleichen Stunde in Langemark gehalten wurde. — Die Trauerfeier endete mit dem Lied „Ich hatt' einen Kameraden" und mit einer Kranzniederlegung an den Tafeln der Gefallenen.

Siegburg. Unterschlagungen bei den städtischen Werken. Bei den städtischen Werken ist bei den Abschlußarbeiten festgestellt worden, daß beim Inkasso Unterschleife in Höhe von 8 500 Mark durch einen Büroangestellten der Kasse vorgenommen sind. 5 000 Mark sind bereits sichergestellt worden, sodaß den Werken keinerlei Verluste entstehen. Der schuldige Angestellte wurde sofort fristlos entlassen. Ein Strafverfahren ist eingeleitet.

Neuwied. Sperrung der Rheinschiffahrt. Wie die Rheinstromverwaltung mitteilt, veranstaltet der Westdeutsche Schülerruderverband am Samstag, 23. Juli, in der Zeit von 16 bis 19,30 Uhr und am Sonntag, 24. Juli, in der Zeit von 9,30 bis 18 Uhr eine Verbandsregatta im rechten Stromarm (Neuwieder Stromarm) bei Neuwied. Für die Dauer der Veranstaltung wird der Stromarm für die Schiffahrt gesperrt.

Mechernich. Neun Kinder verloren ihren Vater. Auf der Gewerkschaft Mechernicher Werke ereignete sich ein tödlicher Betriebsunfall. Ein Bergarbeiter aus Eiserfey, der mit Bohrarbeiten beschäftigt war, wurde von herabfallendem Gestein erschlagen. Der auf so tragische Weise ums Leben gekommene Arbeiter hinterläßt Frau und neun Kinder.

Trier. Deutsches Schmugglerluxusauto beschlagnahmt. An der saarländischen Grenze bei Oppen wurde durch französische Zollbeamte ein deutsches Luxusauto angehalten, an dem die Zöllner merkwürdige Formen und Erhöhungen im Innern und Aeußern festgestellt hatten. Bei einer Durchsuchung des Wagens wurde festgestellt, daß in ihm für mehrere tausend RM. seidene Strümpfe versteckt waren, die nach dem Saargebiet geschmuggelt werden sollten. Das Auto und die Strümpfe wurden beschlagnahmt und die Insassen des Wagens festgenommen.

Simmern. Großfeuer in einem Grubengebäude. Abends entstand in dem Grubengebäude der „Gutehoffnungshütte" der Firma Gebr. Schiel in Lindenscheid auf dem Hunsrück ein Großfeuer, durch das das ganze Gebäude vernichtet wurde. Sämtliche Maschinen wurden durch das rasende Feuer vernichtet, sodaß der Betrieb stillgelegt werden muß. Die Ursache des Brandes ist auf Kurzschluß zurückzuführen.

Frankfurt a. M. Der neue Rektor der Universität. Für das am 15. Oktober beginnende neue Amtsjahr 1932-33 ist der ordentliche Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften Dr. Wilhelm Gerloff zum Rektor gewählt worden. Professor Dr. Gerloff hat bereits 1926-27 das Rektoramt bekleidet.

Der Krone-Fischer-Prozeß

3. Verhandlungstag

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages wurde im VEW.-Krone-Fischer-Prozeß noch

die Tantiemenberechnung

besprochen, die bei den beiden Angeklagten so gehandhabt wurde, daß von dem Bruttoüberschuß, nach dem die Tantieme berechnet wurde,

die sehr erheblichen Abschreibungen vorher nicht abgezogen

worden sind, so daß sie auch von diesen Beträgen Tantieme erhielten.

Als erster Zeuge des Prozesses wurde

Oberbürgermeister Dr. Eichhoff von Dortmund

vernommen, der Aufsichtsratsvorsitzender der VEW. ist.

Die Vereidigung des Zeugen unterbricht der Verteidiger Krones mit dem

Antrag auf Aussetzung der Vereidigung.

Der Antrag wird begründet mit der Behauptung der beiden Angeklagten, daß Dr. Eichhoff von der Ueberziehung der Hausbaukonten, deretwegen sie unter Anklage ständen, gewußt habe und daß sich bei den Gerichtsakten ein Schreiben des Oberbürgermeisters befinde, in dem stehe, daß er bezüglich des Hausbaukontos des Angeklagten Fischer bisher die besprochene Summe von 180 000 RM. nicht genannt habe, um die Angeklagten zu schonen. Nach langer Beratung

lehnt das Gericht den Antrag der Verteidigung ab.

Ein Verdacht der Teilnahme an den Krafbaren Handlungen, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, bestehe nicht.

Oberbürgermeister Dr. Eichhoff gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der VEW und äußerte sich dann über die Anstellung der beiden Angeklagten. Bezüglich des Gehalts erklärte der Zeuge, Krone habe wenigstens das gleiche Gehalt gefordert, das er als Leiter des Elektrizitätswerkes Westfalen schon bezogen habe, nämlich 24 000 RM. Dieses Gehalt sei gemäß den Satzungen auch vom Aufsichtsratsvorsitzenden des Bochumer Werks, dem früheren Polizeipräsidenten von Bochum, selbständig festgesetzt worden. Ihm, dem Zeugen, sei diese Satzungsbestimmung unangenehm gewesen. Bei der Umwandlung zur AG. sei dann eine Aenderung dieses Satzungsparagraphen vorgenommen worden. In seiner vorigen Stellung habe Krone außerdem eine Tantieme in Höhe von 0,175% des Jahresumsatzes erhalten. Die Berechnung der

Tantieme nach dem Bruttoüberschuß

hätte ihm, dem Zeugen, im Sinne des Werkes günstiger geschienen. Die Auslegung, was als Bruttoüberschuß zu bezeichnen sei, könne verschieden sein. Man könne auch die Ansicht vertreten, daß eine Berechnung der Direktorentantieme nach einem Bruttoüberschuß, von dem die Abschreibungen noch nicht abgezogen worden wären, vorteilhafter sei, denn im anderen Falle hätten die Direktoren ja ein Interesse daran haben müssen, die Abschreibungen möglichst niedrig zu halten.

Der Vorsitzende wandte ein, daß zwischen dem Brutto- und Nettoüberschuß eine außerordentlich hohe Differenz bestanden habe. So habe er die Abrechnung eines Jahres vorliegen, wonach der Nettoüberschuß 4 Mill. RM.,

der Bruttoüberschuß aber 18 Mill. RM. betragen habe.

Im weiteren Verlauf führte Dr. Eichhoff aus, daß er mit den beiden Angeklagten über freie Dienstwohnung verhandelt habe, wie sie bei Leuten auf solchen Posten üblich sei. Es sei ihm von den beiden Direktoren vorgeschlagen worden, daß die VEW. ihnen statt einer freien Wohnung billige Darlehen zum Bau einer eigenen Wohnung zur Verfügung stelle. Er habe den Vorschlag begrüßt, da er für die Gesellschaft vorteilhaft erschien. Nach seiner Erinnerung sei

von 300 000 RM. bei Krone und bei Dr. Fischer von einer geringeren Summe gesprochen worden.

Die Höhe der Darlehnsentnahme ist dem Zeugen erst bei einer Unterredung mit dem Oberregierungsrat Simons vom Finanzamt Mitte Juni 1930 bekannt worden, der zu ihm gekommen sei, da er auf der Steuererklärung der Angeklagten eine Art Steuerschiebung geschlossen habe, weil die Häuserbelastungen dauernd angeschwollen seien. Die Vorhaltung des Vorsitzenden, daß die Angeklagten behaupteten,

er habe von der Höhe der Darlehnsentnahmen Kenntnis gehabt, weist der Zeuge zurück.

Niemals sei von einer Seite die von den Angeklagten aufgestellte Behauptung einer Aeußerung in dem Sinne gefallen, daß die VEW. durch die früheren Generaldirektoren nicht geschädigt seien.

Krone wirft ein, er habe sich nur deshalb mit den Bedingungen seines Austritts einverstanden erklärt, weil ihm seitens des Aufsichtsrates drei Zusagen gemacht wurden, und zwar Hausübernahme, seine persönliche Rehabilitation und Empfehlung bei einer neuen Existenz.

Krone bezieht seit seiner Entlassung ein Jahresgehalt von 12 000 RM.

Die Verteidigung Krones richtet an den Oberbürgermeister die Frage, wie es zu verstehen sei, daß der Zeuge als Vorsitzender des Aufsichtsrats der VEW. Anfang

Juli 1930 die beiden Angeklagten von neuem zu Vorständen der neu gegründeten VEW.-A.-G. ernannt

habe, nachdem ihm doch im Juni 1930 die Höhe der Darlehnsentnahme bekannt geworden sei.

Dr. Eichhoff beantwortet diese Frage mit einem Situationsbild der damaligen Finanzlage. Er habe es nicht verantworten zu können geglaubt, wegen der Darlehnsgeschichte die damals notwendige Riesentransaktion durch Abberufung des Vorstandes zu gefährden.

Die Vernehmung Dr. Eichhoffs wird dann unterbrochen durch die Zeugenvernehmung des Direktors Friedrich und der beiden Landräte Schenking (Recklinghausen) und Hansmann vom früheren Landkreis Hörde, die sich dahin äußern, daß in einer Sitzung auch Summen über die Höhe der Baudarlehen genannt worden sind.

Auf die Frage des Vorsitzenden an Dr. Eichhoff, wann er zum ersten Male von der Einrichtung der laufenden Konten und Spesenkonten gehört habe, antwortet der Zeuge, er sowohl als auch der Aufsichtsrat hätten sich nie mit der Einrichtung solcher Konten befaßt. Das Spesenkonto sei ihm jedenfalls nicht zu Gesicht gekommen.

Die Reise nach Amerika sei im Verwaltungsausschuß besprochen und gutgeheißen worden.

Daraufhin wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt, wo die Vernehmung der beiden Justitiare der VEW. Dr. Simons und Reuter vorgenommen werden soll.

Aus dem Ruhrbezirk

Mädchenmord in Suderwich

Der betrunkene Täter auf dem Friedhof verhaftet

Am Sonntag, gegen 15 Uhr, glaubten Anwohner der Sigambrerstraße in Suderwich aus dem Hause Nr. 18 wiederholte Hilferufe und Geräusche zu vernehmen. Man ging auf die betreffende Wohnungstür zu, fand sie aber verschlossen. Im Hause regte sich nichts. Später benachrichtigten mehrere Leute, denen die Sache verdächtig vorkam, eine Frau Thomassen, deren Tochter in dem betr. Hause wohnt. Die 14jährige Tochter Franziska hatte sich am Sonntagnachmittag zu ihrer verheirateten Schwester in der Sigambrerstraße begeben, um dort auf die Kinder aufzupassen, da die Schwester zum Stausee fahren wollte. Franziska Thomassen war mit den Kindern allein in der Wohnung geblieben. Als nun die Mutter des Mädchens zur Wohnung ihrer verheirateten Tochter eilte, fand sie die Wohnung verschlossen. Die Tür wurde gewaltsam geöffnet. Der entsetzten Mutter bot sich ein grauenvoller Anblick da. Die 14jährige Tochter lag tot im Hausflur. Das arme Kind war verblutet; ein Stich hatte am linken Arm die Schlagader durchschnitten, außerdem wies der Leichnam einen Stich in die Herzgegend auf.

Die alarmierte Mordkommission des Polizeipräsidiums Recklinghausen nahm sofort in Verbindung mit der örtlichen Polizei die Ermittlungen auf. Der Verdacht lenkte sich auf den im gleichen Hause wohnenden 64jährigen Arbeiter Stefan Gorzelanzik, der in angetrunkenem Zustande auf dem Friedhof festgenommen wurde. Er hatte ein halbes Liter Schnaps getrunken. Bei seiner Vernehmung leugnete G., die Tat ausgeführt zu haben. Die von der Kriminalpolizei vorgenommene Durchsuchung seiner Wohnung förderte jedoch aus einem Koffer ein blutbeflecktes Messer und ein blutiges Handtuch zu Tage. Trotz dieser schwerbelastenden Indizien verlegt sich der Festgenommene bis jetzt noch immer hartnäckig aufs Leugnen. Die polizeiliche Untersuchung, die sich natürlich auch auf die bis jetzt noch nicht geklärten Tatmotive erstreckt, ist noch nicht abgeschlossen. Die grauenvolle Bluttat hat bei der Bevölkerung große Empörung ausgelöst.

Hamborn. Mit dem Motorrad zu Tode gestürzt. An der Ecke Kaiser-Friedrich- und Röttersbachstraße verlor abends ein Motorradfahrer die Gewalt über seine Maschine und sauste von der einen Straßenseite zur anderen. Hierbei fuhr er zuerst einen Radler an und brachte diesen zu Fall. Dann jagte er in ein Gemüsefuhrwerk hinein. Bei dem Aufprall erlitt der Motorradfahrer so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Die Sozius-fahrerin, eine Ehefrau aus Hamborn, trug sehr schwere Kopfverletzungen davon. Sie mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Riesige Ueberschwemmungen brachten furchtbares Unglück über Rumänien



Ein Haus, das bei Jassy, der Hauptstadt der Moldau, von den reißenden Fluten zum Einsturz gebracht wurde.

Solchen Anblick bieten heute tausende von Heimstätten, in denen vor kursem noch frohe Menschen wohnten. Namenlos ist das Elend, das in der Moldau und Bessarabien durch die riesigen Ueberschwemmungen verursacht wurde, die dort nun schon seit vielen Wochen andauern.

HANDEL UND INDUSTRIE

Berliner Effektentendenzbericht

Berlin, 11. Juli. Während noch im heutigen Vormittagsverkehr allgemein eine recht zuversichtliche Stimmung festzustellen war, die hauptsächlich wohl durch die Festigkeit der deutschen Werte an der Newyorker Sonnabendbörse beeinflußt worden ist, zeigte schon der Beginn des offiziellen Verkehrs eine gewisse Ungleichmäßigkeit. Die verschiedenen Auslassungen der Politiker aller Richtungen im In- und Auslande am gestrigen Sonntag zum Ergebnis von Lausanne verstimmten doch etwas, zumal Amerika hinsichtlich der Schuldenstreichung doch unnachgiebig zu bleiben scheint. Auch war die Umsatztätigkeit im Vergleich zu den Vortagen wesentlich geringer, was zum Teil mit der Erschwerung des Auslandsarbitragegeschäftes zusammenhängen dürfte. Die Kundschaft trat heute eher als Abgeber auf und zeigte nicht einmal mehr größeres Interesse für festverzinsliche Werte. Auch an diesem Markt konnten daher die höheren vorbörslichen Taxen später nicht gehalten werden, zumal bekannt wurde, daß an der heutigen Londoner Börse erstmalig nach dem Abschluß in Lausanne deutsche Werte ebenfalls wieder schwächer tendierten. So zeigten an den Aktienmärkten die ersten Kurse nur selten stärkere Abweichungen. Deutsche Anleihen eröffneten behauptet, um später ebenfalls abzubröckeln. Auch im Verlaufe war die Kursentwicklung uneinheitlich und meist schwächer. Am Berliner Geldmarkt war Tagesgeld weiter leichter. Der Satz ging auf 5⅜ Prozent, zum Teil auf 5¼ Prozent zurück. Monatsgeld blieb 6 bis 8 Prozent nominell.

Der Privatdiskont wurde um ¼ Prozent auf 4½ Prozent herabgesetzt.

Essener Börsenbericht

Essen, 11. Juli. Die letzte am Samstag gegen Börsenschluß auf Grund von Meinungskäufen der Spekulation eingetretene Befestigung erfuhr heute nicht die erwartete Fortsetzung. Die Kurse setzten im variablen Verkehr durchweg ½ Prozent niedriger ein und schwächten sich bei Börsenschluß eine weitere Kleinigkeit ab. Klöckner und Gelsenberg wurden bei einigen Umsätzen etwas höher bezahlt. Wintershall lagen anfangs etwas schwächer im Handel und gaben im Verlaufe ½ Prozent nach. Von Kuxen lagen Constantin, Deutschland und Ewald verschiedentlich auf unveränderter Basis im Handel. Lothringen-Aktien und Dahlbusch gingen ebenfalls unverändert um. Am Kaliluxenmarkt wurden Beienrode bis 30 RM. höher und Neufollstedt unverändert bezahlt. Burbach-Aktien hatten nur kleine Umsätze aufzuweisen.

Kölner Börsenbericht

Köln, 11. Juli. Die Börse eröffnete den Berichtsabschnitt in sehr ruhiger Haltung. Die Kursentwicklung war nicht ganz einheitlich. Vom Publikum kam etwas Ware heraus, so daß sich bei verschiedenen Werten Abschläge gegenüber Samstag bis 1⅜ Prozent ergaben. Umsätze kamen nur vereinzelt zustande. J. G. Farben wurden 1⅜ Prozent niedriger zu 92⅜ Prozent aus dem Markt genommen. Reichsbankanteile tendierten 1 Prozent schwächer. Am Montanmarkte zogen Phönix, Buderus, Ver. Stahlwerke, Klöckner und Hösch-Köln-Neuessen bis 1 Prozent an, während Gelsenkirchen, Deutsche Erdöl, Harpener und Rheinische Braunkohlen bis 1¼ Prozent nachgaben. Elektrowerte waren wenig verändert. Lediglich Schuckert hatten einen Gewinn von 1⅛ Prozent zu verzeichnen. Deutsche Reichsbahnvorzüge tendierten gleichfalls ⅝ Prozent höher. Von Kaliwerten fielen Westeregeln durch einen Verlust von 3 Prozent auf. Im Verlaufe trat keine Geschäftsbelebung ein, und die Kurse bröckelten um Bruchteile eines Prozentes ab. Der Einheitsmarkt verlief sehr ruhig. Versicherungen blieben unverändert. Von Pfandbriefen konnten sich Westboden 1 Prozent und Rheinboden bis ½ Prozent befestigen. Bei festverzinslichen Werten wurden Kölner Stadtanleihe 3 Prozent höher gesucht, dagegen gaben Farbenbonds 2½ Prozent nach. Die Börse schloß sehr still.

Kölner Börse

Köln, 11. Juli. Heute notierten: Basalt 11, Bonner Berg 23, Braunkohle 75½, Zukunft 75½, Kalker Brauerei +, Kabelwerk Rheydt 88, Kölner Dampf +, Rhein. Braunkohle 173, Stollwerck 24

Wochenbericht über den Lebensmittelmarkt im niederrhein.-westf. Industriegebiet

Kartoffeln

Das Angebot von einheimischen Frühkartoffeln wie auch von Belgiern hatte zu Beginn der letzten Woche erheblich zugenommen. Da die an und für sich gute Nachfrage den Markt nicht völlig räumen konnte, war ein vorübergehender weiterer Preisdruck nicht zu vermeiden. Mit dem Eintreten regnerischer Witterung ließen die Zufuhren soweit nach, daß sich die Preise wieder erholen konnten. Der Frühkartoffelmarkt vermochte sich also entgegen den vorwöchigen Preisherabsetzungen in der letzten Woch erstmalig, allerdings unter Schwankungen, in etwa zu behaupten. Die Kartoffelpreise stellten sich für niederrheinische Frühkartoffeln auf etwa RM. 3,90 bis 4,— fr. Ruhrst., während die Belgier etwa zwischen RM. 3,75—3,90 fr. Ruhrst. schwankten. Wenn das Angebot an Frühkartoffeln auch aus den übrigen Gegenden Deutschlands, nämlich von Rhein-Hessen, Altmarkt und Hannover bald größer werden dürfte, so erwartet man dennoch keinen größeren Preisrückgang mehr.

Gemüse

Das Gemüsegeschäft konnte sich nach dem Witterungsumschlag merkbar beleben. Besonders gefragt waren wiederum dicke und grüne Bohnen, Erbsen und Möhren. Auch das Blumenkohlgeschäft entwickelte sich angesichts der kühlen Witterung sehr günstig; dasgleiche gilt für Tomaten. Sehr gedrückt lag dagegen nach wie vor Kopfsalat, auch Wirsing und Weißkohl waren vernachlässigt.

Obst

Das in der ersten Wochenhälfte ziemliche Angebot von Erdbeeren konnte zunächst nur zu ständigen rückgängigen Preisen geräumt werden. Der Höhepunkt der Anlieferungen wurde um Wochenmitte überschritten. Die Preise vermochten sich infolgedessen zum Schluß wieder zu erholen. Der Absatz von Süßkirschen gestaltete sich außerordentlich schwierig, Sauerkirschen waren dagegen gut gefragt. Für Johannisbeeren waren die Preise infolge der großen Zufuhr rückgängig; Wald- und Stachelbeeren fanden glatten Absatz.

Märkte

Berliner Metallnotierungen

Berlin, den 11. Juli. (Amtlich.) Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam 48, Original-Hütten-Aluminium, 98—99%, in Blöcken 160, dsgl. in Walz- oder Drahtbarren 164, Reinnickel, 98—99%, 350, Antimon-Regulus 33—36 RM. für 100 Klg. Silber i. Barr, ca. 1000 fein per Klg. 37,75 bis 41 RM.

Die Zufuhren zum Essener Hauptmarkt

waren sowohl in in- und ausländischem Gemüse und Kartoffeln, sowie in Obst und Südfrüchten reichlich, doch konnte sich nur langsames Geschäft entwickeln. Die Preise zeigten feste Tendenz.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse

Berlin, 11. Juli. Weizen, märk., prompt, ab Station, 75—76 Kg. 240—242 u. Brief, Juli 252 und Brief, Sept. 226,25 und Geld, Oktober 226,25—226,50, Dezember 228,50—229,00; Tendenz: matt. Roggen, märk., prompt ab Station, 71—72 Kg. neu, 183—185, Juli 185,50, Sept. 179, Okt. 180, Dezember 183; Tendenz: matter. Neue Gerste, ab Station, Braugerste matter —, Futter- und Industriegerste 158—170, Hafer (feinste Marken über Notiz bezahlt), märk., prompt ab Station 159—162, Juli 169—168, Sept. —, Oktober —, Dezember ruhig, Weizenmehl (feinste Marken über Notiz bezahlt), ruhig, prompt 30,50—34,25, Roggenmehl 70% ruhig, prompt 25,60—27,40, Weizenkleie (unverodet) fest 10,75—11,00, Roggenkleie stetig 10—10,50, Viktoriaerbsen 17—23, kleine Speiseerbsen 21,00 bis 24,00, Futtererbsen 15—19, Peluschken 16,00 bis 18,00, Ackerbohnen 15—17, Wicken 16—18, Lupinen, blaue, 10,50—11,50, Lupinen, gelbe, 15,00—16,50, Leinkuchen, Basis 37%, 10,40 bis 10,70, Erdnußkuchen, Basis 50% ab Hamburg, 11—11,20, Erdnußkuchenmehl, Basis 50% ab Hamburg 11,20—11,40, Trockenschnitzel 9—9,20, Extrahiertes Soyabohnenschrot 46% ab Hamburg 10,60, Extrahiertes Soyabohnenschrot 46% ab Stettin 11,30—11,50, Speisekartoffeln (gelbe) 3,75—4,00. Allg. Tendenz: schwächer. — Preise in RM. — Getreide und Oelsaaten per 1000 Kg., sonst per 100 Kg., Rauhfutter per 50 Kg. frei Waggon ab märk. Station. Für Mehl und Kleie per 100 Kg. brutto einschl. Sack frei Berlin, bezw. Kleie ab Bahn und ab Mühle. Kartoffeln nur Montag und Donnerstag, Rauhfutter nur Dienstag.

Getreidebörse zu Duisburg

Duisburg, 11. Juli. Ostseehafer 19—19,50 pommerscher Weißsee-Hafer neuer Ernte 19,25 bis 19,75, inländische Gerste 18,75—19, ausländischer Weizen 29,75—30,75, ausländische Gerste 19,50—20, Plata-Mais 19,50, Plata-Cinquantino-Mais 20,50, Weizenmehl 97% 36.50—36,75 Weizenmehl 70/30% 37,50, Roggenmehl Konzern 29,50—29,75, Roggenmehl Ostmühlen 27,75 bis 28,25, Weizenkleie 9,75—10,75, Weizenvollmehl 11,75—12,25, Roggenkleie 9—,950, Steffenszuckerschnitzel 11,50. Tendenz: fest. Die Preise verstehen sich für 100 Klg. waggonfrei Duisburg Annahme von Waggonverladungen.

Amtliche Notierungen der Frankfurter Getreidebörse

Frankfurt, 11. Juli. Weizen (Hessen, Prov. Hessen-Nassau und Unterfranken), Hektolitergewicht von 74 Kg. gut, gesund und trocken 256,50 Roggen (Hessen, Prov. Hessen-Nassau und Unterfranken) Hektoliter-Gewicht von 72 Kg., gut, gesund u. trocken 220, Hafer (inl.) 172,50—182,50 Weizenmehl, südd. Spezial 0 mit Austauschweizen, 38,75—39,65, Weizenmehl, südd. Spezial 0 Sondermahlung 38,75—39,40, Roggenmehl 70% Ausmahlung 28,75—29,25, Weizenkleie 9,15 Roggenkleie 9,25, Erbsen je nach Qualität für Speisezwecke 24—35, Linsen je nach Qualität für Speisezwecke 22—48, Heu südd., gut gesund, trocken 3,40, Weizen- und Roggenstroh drahtgepr. 3,50, Weizen- und Roggenstroh gebündelt 3,25 bis 3,50, Treber getrocknet 10,25—10,50 RM. Tendenz: behauptet. Die Mehlnotierungen verstehen sich einschl. der Zollerhöhung. — Getreide und Hülsenfrüchte ohne Sack. Weizenmehl, Roggenmehl, Kleie und Biertreber mit Sack. Die Preise verstehen sich für Getreide je Tonne, für die übrigen Waren je 100 Kg. in RM. Frachtverrechnung (Parität) Frankfurt a. M. für alsbaldige Lieferung.

Mannheimer Produkten

Mannheim, den 11. Juli. Weizen inl. 26 bis 26,50, Roggen inl. 21,50—21,75, Hafer inl. 17 bis 19, Braugerste pfälz. 20—20,25, Futtergerste 18—18,50, Mais m. Sack 18,75—19, Weizenmehl Spez. 0 Sorte 1 Juli, August 39,40, Weizenmehl südd. Auszugsmehl Juli, August 43,40, süddeutsches Weizenbrotmehl Juli, August 31,40, Roggenmehl 60% Ausmahlung 27,75—28,75, Kleie feine 9,00, Raps neuer 10—10,25, Erdnußkuchen 11,75—12. Tendenz: ruhig. Alles per 100 Klgr. waggonfrei Mannheim.

Amtliche Berliner Devisenkurse

	11. Juli		9. Juli		V. dem Krieg
	Geld	Brief	Geld	Brief	
London	15.02	15.06	15.02	15.06	20.43
New York	4.209	4.217	4.209	4.217	4.25
Amsterdam	170.08	170.42	170.18	170.52	168.08
Brüssel	58.47	58.59	58.50	58.62	81.06
Italien	21.46	21.50	21.49	21.53	81.09
Jugoslaw.	6.693	6.707	6.693	6.707	181.06
Kopenhag.	81.37	81.53	81.47	81.63	12.56
Paris	16.525	16.565	16.525	16.565	81.06
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485	55.56
Schweiz	81.98	82.14	82.05	82.21	1.000
Wien	51.95	52.05	51.95	52.05	70.83

Viehmärkte vom 11. Juli 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb: Großvieh	507	222	—	807	1145	1343
Kälber	12	22	54	97	246	—
Bullen	221	231	56	103	246	—
Kühe	171	398	157	4 8	540	—
Färsen	66	55	51	97	103	—
Fresser	37	16	2	87	13	—
Kälber	655	529	721	535	1517	499
Schafe	66	52	1	26	4	43
Schweine	2232	2365	2358	2089	4080	4229
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	—	—	34—37	34—36	34—38	32—35
b) ältere	—	—	—	—	28—31	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	—	—	30—33	30—33	30—33	28—31
b) ältere	—	—	28—30	—	24—27	—
fleischige	—	—	24—29	26—29	—	25—27
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	26—29	27—29	28—31	26—28	26—29	28—31
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	23—25	24—26	24—27	20—25	23—25	23—27
fleischige	20—22	20—22	20—21	—	20—22	—
gering genährte	18—20	16—19	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	28—31	30—32	28—31	28—30	28—31	24—28
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25—27	26—28	24—27	24—27	24—27	19—23
fleischige	21—24	22—24	20—23	20—23	20—23	15—18
gering genährte	15—20	17—21	15—19	15—19	15—18	—
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	32—35	33—35	31—34	33—35	31—35	33—36
vollfleischige	30—32	29—32	26—30	26—32	26—30	28—32
fleischige	27—29	26—28	21—24	—	—	24—27
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	17—22	—	—	18—22	20—25	—
Kälber: Doppellender bester Mast	44—58	—	50—60	—	45—56	—
beste Mast- und Saugkälber	35—40	38—40	33—38	35—38	34—38	35—37
mittlere Mast- und Saugkälber	28—34	32—36	25—32	30—34	30—33	30—34
geringe Kälber	20—26	24—31	15—24	22—29	23—28	24—29
Schafe: Mastl. u. ig. Mastl. a) Weidemast	32—35	—	—	—	—	—
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., ält. Mastl., gut gen. Schafe	26—30	—	—	—	—	—
fleischiges Schafvieh	—	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	20	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	45—47	44—46	—
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	44—46	44—46	43—46	45—47	44—48	44—46
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	44—47	44—46	44—48	45—47	44—48	43—46
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	43—45	42—44	43—47	41—44	42—46	41—45
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	40—42	40—42	40—44	38—40	40—44	37—42
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	34—38	—	—	—
Sauen	35—40	34—39	35—38	34—38	30—36	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Berliner Börsenkurse vom 11. Juli 1932

	Div.	11. 7.	8. 7.		Div.	11. 7.	8. 7.		Div.	11. 7.	8. 7.
Anleihen:				Gelsenk. Bergw.	6	33⅛	31.—	Wasserw. Gelsenk.	9	—.—	96½
D. R.-Anl. 27		64⅜	51.—	Ges. f. el. Unt	9	59⅝	58⅜	Westeregeln	10	104½	103 —
Banken:				Goedh. Gebr.	12	—.—	—.—	Westf. Draht Hamm	5	—.—	60½
				Goldschmidt	—	17⅝	17¼	Westf. Kupfer	—	18.—	—.—
Barmer Bankv.	8	50.—	50.—	Hammersen	—	—.—	—.—	Wittener Guß	—	— —	—.—
Berg.-Märk. Ind.	—	—.—	—.—	Harpener Bergb.	—	50⅛	50½				
Com.- u. Priv.-Bk.	—	16 —	16 —	Hoesch Eisen-Köln-Neuessen	—	27⅜	25⅞	**Westfälische Landesbankanl.**			
Darmst. u. Nat.-Bk.	8	18½	18½	Kali Aschersleben	10	94.—	92¼				
Dtsch. Bk. u. Diskt.	6	30⅜	30 —	Karstadt Rud.	—	—.—	—.—	6% Prov. Feing. 25		—.—	—.—
Dresdner Bank	—	18½	18½	Klöcknerw.	—	25⅝	23.—	6% dto. 26		—.—	—.—
Reichsbank	12	128.—	130⅝	Köln Gas u. Elek.	3	—.—	—.—	6% Komm. Obl.			
Rh.-Westf. Bod.-Cred.	12	60.—	60 —	W. Kreffft	—	19.—	—.—	28/29 2—3		—.—	—.—
Verkehrswerte:				Kromschröder G.	7	58.—	55.—	6% dto. 30 R. 4		—.—	—.—
				Kronprinz Metall	—	—.—	—.—	6% Goldpfdbr. R 1		60½	57.—
Reichsbahn V.-A.	3½	77¼	74¼	Küppersbusch	6	—.—	—.—	6% Westf. Pfandbriefanst. Hausgrundstücke		—.—	—.—
Hapag	6	14⅞	12½	Mannesm.-Röhren	6	50⅝	40.—				
Nordd. Lloyd	6	14⅞	13½	Mansfeld	—	12.—	13.—				
Brauereien:				Maschb.-Untern.	—	23⅛	22½	6% dto. Goldpfandbriefe		—.—	—.—
Dortm. Aktien	10	121½	124.—	Mülh. Bergw.	7	60.—	—.—				
Dortm. Ritter	10	85½	87½	Phönix Bergw.	4½	17⅜	15½	Westf. Provinzialanleihe-Auslosg.		39⅛	38½
Dortm. Union	12	158.—	158½	Rhein. Braunk.	10	173⅜	—.—				
Müser	—	—.—	—.—	Rh. Elektrizität	9	66.—	67.—				
Schlegel-Scharp.	5	59½	59½	Rhein-Möbelstoff	—	—.—	5.—	**Festverzinsliche Werte**			
Wicküler-Küpper	8	+	+	Rhein-Spiegel	6	—.—	36.—				
				Rhein-Stahl	6	49⅜	48.—				
Sonstige:				Rh.-Westf. Elektr.	5	58⅜	56½	6% Preuß. Ld.-Br.-anstalt R. 19		68½	66½
Alexanderwerke	—	—.—	—.—	Rhein-West Kalk	—	—.—	—.—				
Aku	—	35.—	32⅜	Rhein.-Westf. Spr.	4,8	—.—	—.—	6% dto. 4		69½	66½
A. E. G.	—	26⅞	25.—	Roddergrube	15	—.—	—.—	6% dto. 13/15		69.—	66½
Bemberg i. P.	—	31⅛	29⅞	Salzdetfurth	15	164.—	164¼	6% dto. 17/18		69½	66.—
Chem. Ind. Gelsenk.	5	45½	—.—	Schött Herm.	—	18.—	18.—	6% dto. 21		68½	—.—
Cont Cautsch	8	86.—	83¾	Schwelm Eisen	4	+	+	6% dto. Komm. 20		54½	—.—
Daimler Mot.	—	12½	12½	Siemens u. Halske	14	122½	122.—	6% dto. 16		54.—	52.—
Dtsch. Erdöl	5	68½	67.—	Stollb. Zinkh.	—	—.—	18.—	6% dto. 6		53½	52.—
El. Licht u. Kraft	6	76.—	74.—	Stollwerk	—	24.—	22⅜	6% dto. 8		—.—	—.—
Eschw. Bergw.	14	—.—	—.—	Tietz	8	57⅞	55.—	6% Pr. Centr.-Bod u. Pfdbr. Em. 1		70 —	67½
IG Farbenind.	12	91⅜	92½	Ver. D. Nickel	4	66⅜	63½				
Felten-Guilleaume	6½	41⅜	39½	Ver. Glanzst. Elbf.	—	—.—	50.—	6% dto. Komm. Obl. 1		53½	50¼
Friedrichshütte	6	—.—	—.—	Ver. Stahlw.	—	—.—	13½				
Gebhard u. Co.	—	25.—	—.—	Warstein Gruben	—	—	—				

(—, —) bedeutet: ohne Angebot und Nachfrage.

Einmütigkeit des Reichskabinetts

Amtlich wird in Berlin, 11. Juli, mitgeteilt: In der heutigen Kabinettssitzung erstattete der **Reichskanzler** einen eingehenden Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz von Lausanne. Der **Reichsminister des Innern** sprach im Namen der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder des Reichskabinetts dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern der Delegation den herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aus. Die anschließende Beratung ergab die **völlige Einmütigkeit** des Reichskabinetts.

Deutschnationale und Lausanne

Dr. Quaatz: „Ein Mißerfolg!"

In Hannover sprach vor einem geladenen zahlreichen Kreise der deutschnationale Abgeordnete Geheimrat Dr. Quaatz. Lausanne, so sagte er, werde von der Linken begrüßt. Das sei verständlich. Vom Standpunkt des Youngplans aus gesehen sei Lausanne natürlich ein großer Erfolg, da die internationale Bank- und Eisenbahnkontrolle gefallen sei und eine Zahlungsverpflichtung von noch lange nicht zwei Youngraten übrig sei, auch diese noch in bedingter Form. Vom Standpunkt der nationalen Politik aus aber müsse man klar und deutlich sagen, daß Lausanne ein Mißerfolg sei. Es sei Papen nicht gelungen, sich aus dem Fahrwasser seines Vorgängers Dr. Brüning zu befreien. Zwar lese man in der Linkspresse, Brüning habe garnichts zahlen wollen. Das sei aber eine Erklärung „zu Hause" gewesen. Tatsächlich seien zu Brünings Zeiten unter der Hand in Paris vier Milliarden angeboten worden. Das sei eine Barrikade gegen die Befreiungspolitik gewesen. Vor dem europäischen Forum habe Brüning niemals Nein gesagt. Vor allem aber habe es Brüning unterlassen, auf die politischen Kernfragen einzugehen, um die es sich für Deutschland handele. Das seien die Kriegsschuldlüge, die Rüstungsfrage und die Außenschulden, die wir nicht bezahlen könnten. Von diesen Lebensfragen habe Brüning geschwiegen. Papen habe sie wenigstens angemeldet, sei aber nicht durchgedrungen. Das Ausland habe sich wieder bei der Abwehr der deutschen Lebensforderungen auf die Hilfe der Sozialdemokraten und des Zentrums stützen können. Die Sozialdemokratie habe auch hier eine Barrikade gegen die deutsche Politik errichtet. Breitscheid habe mit dem Franzosen Grumbach zusammengearbeitet. Es sei stets dasselbe Schauspiel, daß in der Stunde der Entscheidung die Systemparteien ihrer eigenen Nation in den Rücken fielen. Darum gehe der innere Kampf allem anderen vor.

Die NSDAP. zu Papen und Lausanne

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Miesbach in Oberbayern sprach Reichstagsabg. **Dr. Frick** am Sonntag über die politische Lage, wobei er auch seinerseits ausdrücklich erklärte, daß die NSDAP. mit dem Kabinett Papen nichts zu tun habe und sich entschieden dagegen verwahre, für dessen Taten verantwortlich gemacht zu werden. Unter dem stürmischen Beifall der Versammlung betonte Dr. Frick in bezug auf das Ergebnis von Lausanne: „Wir Nationalsozialisten erklären heute schon, daß wir den Wechsel von drei Milliarden, den Herr von Papen in Lausanne unterzeichnet hat, nicht einlösen werden."

Gedenken des Abstimmungssieges in Ostpreußen

Reichsinnenminister von Gayl im Rundfunk

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl sprach am Montagabend im Rundfunk zum Gedenken an die Abstimmung in Ost- und Westpreußen, die er seinerzeit als Reichs- und Staatskommissar leitete. Indem sich der Minister an alle deutschen Volksgenossen, besonders an die ost- und westpreußischen Landsleute wandte, sagte er einleitend:

Es ist mir eine besondere Freude, heute am 11. Juli des Tages gedenken zu können, an dem wir im Jahre 1920 in den Bezirken Allenstein und Marienwerder in einmütiger, durch keinerlei Parteigegensätze gefährdeter Front den schönen unblutigen Sieg erfochten haben, durch den wir den Verbleib unserer geliebten Heimat beim Vaterlande gesichert haben. Ich danke, rückblickend in die strahlenden Julitage von 1920, nicht nur den Bewohnern der Abstimmungsgebiete, sondern allen, die uns damals halfen, nicht zuletzt den Hunderttausenden heimattreuer Ost- und Westpreußen in allen Gauen des Reiches. Ein Deutschland ohne Ostpreußen ist undenkbar. Euch, liebe Landsleute in der Provinz Ostpreußen, rufe ich von verantwortlicher Stelle zu: Haltet fest an dem Glauben der Nation und der Heimat. Haltet fest am Willen zur Behauptung eines deutschen Ostpreußens für alle Zukunft. Wir kennen dabei die Sonderlage der abgeschnürten Provinz voll an, ohne jemals deswegen die Not der anderen durch das Friedensdiktat von Versailles fast ebenso schwer betroffenen Grenzgebiete zu vergessen. Der Redner schloß mit den Worten: Halten wir fest am Glauben an eine bessere Zukunft und am Willen zu zäher Selbstbehauptung. Erneuern wir den Geist vom Juli 1920 in uns selbst und in allen Schichten der Nation! Feiert den 11. Juli nicht als einen Rückblick, sondern als einen Anfang zu neuer Arbeit und zu neuem festen Willen!

Zwei Tote bei den Zusammenstößen in Eckernvörde

Aus Eckernvörde, 11. Juli, wird gemeldet: Wie bekannt wird, ist ein weiterer Reichsbannermann, der bei den Zusammenstößen in Eckernvörde am Sonntag schwer verletzt worden war, inzwischen gestorben, so daß zwei Tote zu verzeichnen sind. Die Darstellungen der Nationalsozialisten und des Reichsbanners über den Grund und den Verlauf der Ausschreitungen widersprechen sich. Während die Nationalsozialisten behaupten, daß zuerst aus dem Gewerkschaftshaus auf die SA-Leute geschossen worden und ein SA-Mann durch Messerstiche verletzt worden sei, worauf die SA das Gewerkschaftshaus gestürmt habe, wird von Seiten des Reichsbanners die SA beschuldigt, den Streit begonnen zu haben und in das Gewerkschaftshaus eingedrungen zu sein. Die Nationalsozialisten sprechen von mehreren Schwerverletzten, von denen einer hoffnungslos darniederliege. Auch das Reichsbanner hat, wie es mitteilt, neben den beiden Toten auch Schwerverletzte gehabt.

Ein Polizeibericht über die blutigen Vorgänge ist noch nicht erschienen, da die Ermittlungen, die die Staatsanwaltschaft selbst in die Hand genommen hat, noch andauern

Letzte Drahtnachrichten

Die Arbeiten des Reichskabinetts

Der Außenminister wieder in Berlin

Wie wir erfahren, ist nun auch Reichsaußenminister Freiherr von Neurath wieder in Berlin eingetroffen. Er war bekanntlich von Lausanne zunächst nach Genf gefahren, um an der Tagung des Völkerbundsrates teilzunehmen, die die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten sollte. Diese Tagung ist aber verschoben worden, und so konnte der Reichsaußenminister bereits Montag nachmittag an einer Sitzung des Reichskabinetts teilnehmen. Sie hatte im wesentlichen den Zweck, daß der Reichsinnenminister den Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts, die in den letzten Wochen nicht in Berlin waren, über die letzte innenpolitische Entwickelung orientierte.

Die nächste Kabinettssitzung findet Dienstag nachmittag statt, und zwar beginnt damit

die Beratung des Aufbauprogramms,

die schon angekündigt wurde. Sie wird auch am Mittwoch bis zur Abreise des Kanzlers nach Neudeck fortgeführt und sogleich nach seiner Rückkehr wieder aufgenommen werden. Es ist selbstverständlich, daß der Kanzler den Reichspräsidenten neben der Berichterstattung über Lausanne auch bereits in großen Zügen über diese Pläne der Reichsregierung unterrichten wird. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Arbeit des Reichskabinetts so gefördert werden kann, daß

noch im Laufe dieses Monats, — also vor den Wahlen — die neue Notverordnung

mit dem Aufbauprogramm erlassen wird. Die Hauptvorlagen sind bereits ausgearbeitet, sodaß das Kabinett am Dienstag sofort in die praktische Beratung eintreten kann. Kommen die Dinge in dieser Art vorwärts, dann werden die Ministerien

bereits im August an die Ausführung der neuen Maßnahmen

gehen können. Dabei handelt es sich vor allem um drei große Fragenkomplexe.

1. **Eine Arbeitsdienstpflicht,** die, wie sich schon aus dieser Bezeichnung ergibt, über den Charakter des freiwilligen Arbeitsdienstes hinausgeht und die sich damit den Auffassungen und Wünschen der Rechten zu diesem Problem stärker nähert,
2. **die Heranziehung und Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen** in dem vor einigen Tagen angedeuteten sportlichen Sinne, und
3. **die Siedlung,** für die jetzt das Reichsernährungsministerium federführend ist.

Aus dem Ganzen ergibt sich, daß auch der Rest des Monats für die Reichsregierung überaus arbeitsreich werden wird. Im August werden der Kanzler und ein Teil der Minister dann vielleicht für kurze Zeit in Urlaub gehen können, um sich für die Aufgaben vorzubereiten, die nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages von Ende August ab an sie herantreten.

Washington und das angebliche Gentleman-Agreement

Aus Washington wird gemeldet:

Die Lausanner und Pariser Meldungen, daß trotz aller bisherigen Dementis ein Gentleman-Agreement doch bestehe, erregten hier sehr lebhaften Unwillen und wurden von einigen Parlamentariern als Beweis dafür bezeichnet, daß „Europa sich zu einem gigantischen Schwindel auf Kosten Amerikas vereinigt habe". Das Newyorker Blatt

„Herald Tribune" brachte den vollen Text des geheimen Agrements

und meldete, daß Reichskanzler von Papen eine Abschrift erhalten habe, sowie daß er offenbar damit einverstanden sei, daß das Lausanner Abkommen nicht in Kraft trete, ehe sich die amerikanische Regierung zu entsprechenden Kürzungen der alliierten Schulden bereit erklärt habe. Dies rief

Bestürzung auch in amtlichen Kreisen

hervor, einmal, weil die bisherigen Nachrichten stets betonten, daß die Reichsregierung eine Verbindung von Kriegsschulden und Reparationen strikt ablehne, zweitens weil der durch diese Meldungen hier hervorgerufene sehr schlechte Eindruck die Möglichkeiten einer wirklichen Zusammenarbeit mit Europa gerade in dem Augenblick gefährdet, in dem man glaubte, durch die Lösung der Reparationsfrage endlich freie Bahn für eine Beruhigung des Kongresses und die Revision der Kriegsschulden gewonnen zu haben.

Außenminister Stimson

beschränkte sich in seinem offiziellen Kommentar auf drei Feststellungen:

1. Die Regierung hat keine offizielle Kenntnis vom Gentleman-Agrement,
2. kein fremder Diplomat hat die Regierung diesbezüglich sondiert,
3. kein Vertreter der amerikanischen Regierung hat an den Beratungen über das Gentleman-Agrement teilgenommen.

*

Deutschland

hat mit irgendwelchen etwaigen Abmachungen zwischen England, Frankreich oder anderen Mächten nicht das geringste zu tun, es hat vielmehr von vornherein und während der ganzen Dauer der Konferenz

aufs entschiedenste abgelehnt,

irgendeine Beziehung zwischen dem Pakt von Lausanne und den interalliierten Schulden gegenüber Amerika herzustellen oder sich in eine Frontbildung irgendeiner Art gegen die Vereinigten Staaten hineinziehen zu lassen. Selbstverständlich hat ein solches Abkommen deshalb auch der deutschen Regierung nicht vorgelegen.

Die einstweiligen Verfügungen des Dr. Weiß gerichtlich bestätigt

Grzesinskis Verfügung vom Gericht zurückgewiesen

Das Landgericht Berlin verfügte Montag abend unter Androhung einer noch festzusetzenden Haftstrafe, daß der „Angriff" seine Behauptungen über den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß zu unterlassen hat. Dagegen wurde der Antrag auf einstweilige Verfügung, den Polizeipräsident Grzesinski gegen das nationalsozialistische Organ wegen der Behauptung über die angeblichen Vorgänge bei seiner Wiener Reise gestellt hatte, vom Gericht zurückgewiesen.

Eine Erklärung des Verwaltungsrates der BIZ.

Aus Basel, 11. Juli, wird gemeldet: Der Verwaltungsrat der BIZ. hat in seiner heutigen Sitzung eine Erklärung über die Wiederherbeiführung und Befestigung des Goldstandards herausgegeben, die ein

Ersuchen an die Regierungen um Erleichterung im allgemeinen Wirtschaftsverkehr

richtet. In der Erklärung wird auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines auf gemeinsamer Grundlage beruhenden Währungssystems zwischen den Nationen hingewiesen, um den internationalen Zahlungsausgleich auf der Grundlage stabiler und sicherer Bedingungen zu erleichtern. Es müßten ferner alle notwendigen Maßnahmen für die Wiederherstellung des

reibungslosen Arbeitens der Goldwährung

erarbeitet werden. Die Verwirklichung dieser Maßnahme hänge in erster Linie von den Handlungen der Regierungen ab, da ohne die Regierungen der Einfluß der Zentralnotenbanken auf internationalem währungspolitischen Gebiet gegenwärtig nicht zur Verwirklichung gelangen könne. Die in Lausanne erreichte Lösung der Reparationsfrage müsse

durch eine zufriedenstellende Lösung der Kriegsschuldfrage vervollständigt werden.

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich werde den Zentralnotenbanken zur Verfügung stehen, um ihnen als gemeinsame Stelle bei der Wiederherstellung des internationalen Goldwährungssystems zu dienen.

Der Verwaltungsrat ermächtigte seinen Präsidenten, die Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz anzunehmen. Es wurde ferner beschlossen, den Anteil der BIZ. an dem am 16. Juli fälligen Kredit der Oesterreichischen Nationalbank sowie den am 18. Juli fälligen Kredit an die Ungarische Nationalbank für drei Monate zu erneuern. Auch der am 28. Juli fällige Kredit an die Südslawische Nationalbank ist für drei Monate verlängert worden.

Eine neue Revolution in Brasilien

Wie aus Rio de Janeiro weiter zu den Unruhen in Sao Paulo gemeldet wird, ist in Brasilien wiederum eine Revolution gegen die Regierung Vargas ausgebrochen, die hauptsächlich in den Südstaaten Santa Katharina und Sao Paulo um sich greift. Die Aufständischen haben ihr Hauptquartier in den Kasernen der Stadt Sao Paulo errichtet, von wo aus der Aufstand geleitet wird. Präsident Vargas hat einen Aufruf an das brasilianische Volk erlassen, in dem er die Bevölkerung um loyales Verhalten ersucht, um die Revolution niederzukämpfen. In den Staaten Rio Grande do Sul und Minas Geraes sind Regierungstruppen mobilisiert worden, um sie gegen die Aufständischen in Sao Paulo einzusetzen.

Kleine polit. Nachrichten

Finanzminister a. D. Dietrich fordert Senkung des Reichsbankdiskonts

Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich sprach im Kreise der Karlsruher Staatsparteiler. Er übte scharfe Kritik am Lausanner Abkommen und stellte die Forderung, daß nun die Reichseisenbahn und die Reichsbank, die bisher „Staaten im Staat" gewesen seien, schleunigst unter die Macht des Reiches gestellt würden, und daß vor allem der Reichsbankdiskont nunmehr, nachdem man frei sei, in den nächsten Tagen auf 3 Prozent herabgesetzt werde.

Dr. Hugenberg auch Spitzenkandidat in Westfalen-Nord

Der Kreiswahlvorstand der Deutschnationalen Volkspartei für die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli 1932 im Wahlkreis Westfalen-Nord hat folgendes Aussehen: 1. Dr. Hugenberg, Alfred, Rohbraken bei Rinteln an der Weser, 2. Logemann, Dietrich, Landwirt in Rathlose (Kreis Sulingen), 3. Wohlgemuth, Karl, Bergmann in Marl, 4. Flume, Hellmuth, Studienassessor in Gadderbaum, Kreis Bielefeld.

Der sozialdemokratische Parteivorstand beim Reichsinnenminister

Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes haben sich für Dienstag vormittag beim Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl angemeldet, um ihm über nationalsozialistische Ueberfälle auf Reichsbannerleute und Gewerkschaftshäuser zu berichten und um Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Vorfälle zu ersuchen.

Vier französische Soldaten auf deutschem Boden

Am Sonntagnachmittag erschienen in der Nähe des Germanshofes bei Pirmasens unmittelbar an der pfälzisch-elsässischen Grenze vier französische Soldaten in Uniform, jedoch ohne Waffen. Sie wurden von dem dortigen Forstverwalter mit vorgehaltenem Revolver gestellt und solange festgehalten, bis die Gendarmerie eingetroffen war, die die Franzosen einem eingehenden Verhör unterzog. Es stellte sich heraus, daß die Soldaten, die in Weißenburg garnisoniert sind, die Grenze überschritten hatten, um in der Wirtschaft in Germanshof bayerisches Bier zu trinken. Sie wurden nach dem Verhör an die Grenze gebracht und in elsässisches Gebiet abgeschoben.

Neue französische Brotgetreide-Verordnung

Nach einer Verordnung in „Journal officiel" ist die Vermahlungsquote französischen inländischen Getreides bei der Herstellung von Brotmehl auf 75 Prozent festgesetzt worden.

König Georg V. besichtigt die englische Heimatflotte

Aus London wird gemeldet: Der König, begleitet von zweien seiner Söhne, dem Fürsten von Wales und dem Prinzen Georg, wird an Bord der Königlichen Yacht „Victoria and Albert" in der Bucht von Weymouth eintreffen, um die dort vor Anker liegende, aus ungefähr 60 Fahrzeugen bestehende Heimatflotte zu besichtigen. Am Donnerstag wird der König, falls das Wetter günstig bleibt, die Flotte zu Manövern auf hoher See begleiten.

Gefangenenmeuterei in Las Palmas

In Las-Palmas haben 58 Strafgefangene gemeutert. Sie haben die elektrischen Leitungen durchschnitten, die Türen ihrer Zellen eingeschlagen und sind dann im Schutze der Dunkelheit bis auf den Hof des Gefängnisses gelangt. Jedoch gelang es keinem Gefangenen zu entkommen, da das Militär alarmiert worden war, um die Ruhe wiederherzustellen.

Aufstand in Sao Paulo

Reuter meldet aus Rio de Janeiro, daß nach einer Mitteilung der brasilianischen Regierung in der Stadt Sao Paulo ein Aufstand ausgebrochen sei. Die Aufständischen sollen indessen in Sao Paulo eingeschlossen sein und keine Hoffnung auf Entsatz haben.

Unruhen in Indien

Gefangene, die dem allindischen Kongreß in Delhi angehören, versuchten von ihrem Lagergefängnis aus in eine Einfriedung einzubrechen, in der Untersuchungsgefangene interniert waren. Es kam zu einem Kampf mit den Gefängniswärtern, wobei neun Gefangene und elf Wächter verwundet wurden.

Vertreter auf der allindischen Konferenz der unterdrückten Klassen in Bombay, die von der Sitzung ausgeschlossen waren, versuchten, sich Zutritt zur Konferenz zu verschaffen. Dabei wurden 50 Personen verletzt, unter ihnen 12 schwer.

Der Streik in Belgien

13 Verhaftungen

Wie die Belgische Telegraphen-Agentur aus Mons meldet, hat die Staatsanwaltschaft gegen 13 kommunistische Streikagitatoren ein Verfahren wegen Aufhetzung zum Bürgerkrieg eingeleitet. Die Betreffenden sind bereits verhaftet worden. Wie die Agentur weiter zu berichten weiß, konnten zahlreiche wichtige Dokumente beschlagnahmt werden, darunter eine umfangreiche Korrespondenz mit Moskau. Aus dem Material soll sich ergeben haben, daß es sich bei dem Streik um eine wohlvorbereitete Aktion handelt, bei der auch die kommunistischen Parteien anderer Länder mit herangezogen werden sollten; so habe die kommunistische Parteileitung in Brüssel von den Kommunisten Hollands die Entsendung von Gesinnungsgenossen zur Unterstützung verlangt. Ebenso sei eine Zusammenarbeit mit französischen Kommunisten geplant gewesen.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 13. Juli, versteigere ich um 10 Uhr in meinem Pfandlokal, Pollhofstraße:

1 Büfett, 2 Credenze, 1 Klavier, 2 Schreibtische mit Sessel, 2 Vertikows, 1 Glasvitrine, versch. Tische und Stühle, 4 Sofas, 2 Klubsessel, Bilder, 1 Teppich, 1 Flurgarderobe, 1 Kleiderschrank, 2 Waschtische, 2 kompl. Betten, 1 Schreibmaschine, 4 Radioapparate m. Lautsprecher, 2 Grammophone, 1 Kronleuchter, versch. Bände Klassiker, ca. 40 m Herren-Anzugstoffe, Herren- u. Damenhüte, Fensterleder, Zahnbürsten, Rasierpinsel, Taschenlampenhülsen, Kuchengabeln, Obst- und Küchenmesser, Kinderschuhe (Gr. 18—20), 1 Motorrad, mehrere Personenautos, 1 Pferd, 1 Bindemähmaschine u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.

Verdingung.

Die Anfertigung und Lieferung von Einrichtungsgegenständen (Schränke usw.) für die Kochküche der Thomäschule und für das Stadtkrankenhaus sollen an hiesige Unternehmer vergeben werden.

Angebote, zu denen die Vordrucke im Stadthaus, Zimmer Nr. 31, erhältlich sind, müssen dorthin bis zum Freitag, dem 15. Juli 1932 — 10 Uhr — in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag zurückgegeben sein.

Soest den 8. Juli 1932.

Der Magistrat — Stadtbauamt —

Allgem. Bürgerschützen-Verein Soest 1926 e. V.

Zum Laubholen

treten die Mitglieder am **Donnerstag, den 14. Juli, mittags 1 Uhr,** bei nachfolgenden Schützenbrüdern an:

Paulihofe	beim Sch.-Br.	Reinh. Bäcker
Thomähofe	„ „	Vanderminde
Osthofe	„ „	Domhof
Nordhofe	„ „	Schönfelder
Jakobihofe	„ „	Fritz Andernach

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Vorverkauf

zur KUNDGEBUNG

am Donnerstag, den 14. Juli, im Schützenhof Soest abends 8.30 Uhr mit **Pg. Schepmann** M. d. L., im braunen Haus Marktstraße 20. Eintritt

Mk. —.50

Erwerbslose **nur** im Vorverkauf Mk. —.20

Krieger- und Landwehr-Verein Müllingsen.

Antreten zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden

Wilhelm Wallrabe

Mittwoch nachm. 2 Uhr bei Schüfer.

DER VORSTAND.

Soester Turnverein von 1862

Samstag abend 8.30 Uhr

Monats-Versammlung

im Vereinsheim Herm. Andernach.

Um zahlr. Erscheinen bittet: DER TURNRAT

Nachruf.

Am Samstag, den 9. Juli erlöste der Herr über Leben und Tod den

Landwirt

W. Wallrabe

von seinem langen, schweren, mit außerordentlicher Geduld ertragenem Leiden. Selbiger war langjähriges Mitglied der Gemeindevertretung. In der Blüte seines Lebens ist ein Mann von lauterem, weitsichtigem und nationalem Charakter aus unserer Mitte gerissen.

Ehre seinem Andenken!

Die Gemeindevertretung von Hiddingsen.

Glücklich ist, wer

auch heute noch an dem Grundsatz festhält: „Ich kaufe nur das Beste". Nun, eine Pfunddose Kinessa-Bohnerwachs reicht für ca. 80 qm Parkett und Linoleum (5 bis 6 Zimmer), gibt mühelos wunderbaren trittfesten und naß wischbaren Hochglanz, der wochen- und monatelang anhält. Die richtig rechnende, sparsame Hausfrau verwendet nur

KINESSA
BOHNER-WACHS

G. H. Behlmer Jakobistr. 2 u. Rathausstr. 10
H. W. Oberwinter hinterm Rathaus,
Franz Kerstin, Eisenwaren-Großhandlung.

Sonne und Fliegen

vernichten Ihre Speisen und sind die Ursachen vieler Krankheiten.

Ein neuzeitlicher Eisschrank erhält für wenige Pfennige Ihre Speisen.

Eismaschinen, Butterkühler, Fliegenglocken, Fliegenschränke, Zitronenpressen.

Waldbeerpflücker
Stück 60 Pfg.

Franz Kerstin.

Soest

Zum 1. Aug. od. später

2 Wohnungen

je 3 Zimmer nebst Zubehör u. Baderaum. Ferner

1 Wohnung

4 Zimmer nebst Zubehör und Baderaum zu vermieten. Bei Bedarf Auto-Garage am Hause

Frau C. Topp, Filzenstr. 7.

Suche zum 15. ein

Halbtagsmädchen

nicht über 16 Jahre. Zu erfr. in der Gesch. unter Nr. 3816.

Wermland-Knoblauchsaft!!!

Wohlschmeckender Knoblauchnährsaft fast geruchlos, setzt Blutdruck herab. Erfolgreiches Naturheilmittel zur Vorbeugung viel. Krankheiten und Arterienverkalkung, Blähungen, Magen- und Darmleiden. Fl. zu 90 Pfg. u. 1.65

Zu haben im

Reform-Haus „Eden"
Grandweg 5.



Stets einfach war Dein Leben,
Du dachtest nie an Dich,
Nur für die Deinen streben,
War Deine höchste Pflicht.

Plötzlich und unerwartet nahm Gott der Herr meinen lieben Mann, unseren guten Bruder, Schwager und Onkel

Josef Lichtinghagen

im Alter von 58 Jahren zu sich in die Ewigkeit.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Berta Lichtinghagen.

Soest, Marienheide, Berlin u. Wetzlar, den 12. Juli 1932.

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag um 3 Uhr vom Stadtkrankenhaus aus statt.

Für die Zubereitung von
Beeren-Likör
empfehle ich

Ia Kornbranntwein

1 Liter a Mk. 2.—
von 3 Liter ab a Mk. 1.80

Julius Sternberg,
Brennerei,
Soest-Zuckerberg, Höggenstr. 1

Jagdverpachtung.

Die ca. 1400 Morgen große Waldjagd der Gemeinde Völlinghausen (Syringer Mark) mit gutem Bestande an Rot-, Reh- und Schwarzwild soll am

Sonnabend, dem 30. Juli ds. Jhs., nachmittags 3 Uhr

im Gasthof Schnettler zu Völlinghausen ab 1. August ds. Jhs. auf 6 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen liegen vom 13. d. M. ab 2 Wochen bei dem Unterzeichneten öffentlich aus.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der Auslegungsfrist Einspruch beim Kreisausschuß in Soest erheben.

Völlinghausen, den 11. Juli 1932.

Der Jagdvorsteher: Joest.

Großer Viehverkauf

auf Rissen Hof in Meiningsen (Soest-Land)

5 km von Soest.

Freitag, den 15. Juli, nachmittags 4 Uhr, läßt Herr Gutspächter Heinrich Tigges folgendes Vieh öffentlich meistbietend gegen ausgedehnten Kredit, bekannte Bürgschaft und bar verkaufen:

1 sechsjähriger starker bester Wallach, 2 zweieinhalbjährige seltene Fuchsstuten (Belgier), 4 junge Kühe (Oktober kalbend), 6 tragende, 4 Jährlingsrinder, 1 Sau mit 10 Ferkel, 7 hochtragende und tragende Sauen und 5 Läuferschweine.

Besichtigung nur am Vortage des Verkaufs.

Körbecke. **Bernard Schäferhoff.**

Nordseebad Borkum

Kurhaus Kaiserhof u. Köhlers Strand-Hotel — Besitzer: Otto Kämpfer.

Die ersten Häuser - Direkt am Strande - Fließ. kalt. u. warm. Wasser - Zentralhzg., Fahrstuhl, jegl. Komfort - Pension Köhlers Strandhotel v. 6.— an, Kurhaus Kaiserhof von 6,50 an.

BORKUM Bestempf. Häuser

Strandhotel und Strandvilla Viktoria

direkt am Strande, ruhige Lage, Seeblick, Juli und August 6 bis 8 Mk.

Zwangsversteigerung

Mittwoch, den 13. Juli 1932, werde ich im Versteigerungslokal bei Wirt **Grießenbrock in Welver um 14 Uhr:**

1 Truhe, 1 Regulator, 1 Waschtisch,

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Klapp, Gerichtsvollzieher in Soest.

Das von Herrn Lehrer Kruse bis jetzt bewohnte

Einfamilienhaus Kohlbrink 12

ist zum 1. August evtl. später anderweitig zu vermieten.

Max Albesheim.

BAUGEWERKSCHULE BUECKEBURG

Technische Lehranstalt

Staatskommissar Hoch- u. Tiefbau

Allg. Maschinenbau 1. Sem. Sonderklasse f. Eisenbeton. Erm. Gebühren. Prosp. frei

Was muss jeder von Haus Bergmann Klasse 4 ₰ wissen?

Haus Bergmann Klasse ist ein **Meisterstück** der deutschen Zigaretten-Industrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für **diesen** Preis noch **nie** dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die **alle** Raucherkreise zufriedenstellen wird.

5 Stück nur 20 ₰ bedeutet für uns: Preisabbau und **Qualitätsaufwertung!**

Verlangen Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft Haus Bergmann Klasse 4 ₰ DIE Zigarette für Dich und für mich

In **jeder** Packung Haus Bergmann „Klasse" liegen: Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier und Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter

